: antifaschistische nachrichten **Nr. 6**

g 3336 21.3.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ermittlungen gegen „AN Göppingen“

Göppingen. Ende Februar führte die Polizei in Göppingen 19 Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen Akteuren der „Autonomen Nationalisten Göppingen“ durch. Gegen die umtriebige Nazigruppierung wird wegen des Verdachts der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt. Der Gruppe werden zahlreiche Straftaten wie gefährliche Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, „Volksverhetzung“ und Verstöße gegen das Waffengesetz angelastet. Bei den Durchsuchungen wurden neben Propagandamaterial auch Schreckschusspistolen, Teleskopschlagstöcke, Schlagringe, Wurfsterne und Quarzhandschuhe sichergestellt. Vier Aktivisten der „AN Göppingen“ kamen in Untersuchungshaft. Am Tag nach den Hausdurchsuchungen wollten 12 Nazis in Göppingen eine Kundgebung unter dem Motto „Freiheit für alle Nationalisten“ durchführen. Antifaschistische Gegendemonstranten machten dem Spuk ein schnelles Ende. Die Nazis zogen ab bzw. ein Teil von ihnen wurde in einem Polizeiwagen abtransportiert. *hma* ■

Europawahl ohne „PdV“

Die rechtsliberale „Partei der Vernunft“ wird an der bevorstehenden Europawahl nicht teilnehmen. 68 Unterstützungsunterschriften hatten letztlich gefehlt, um die nötige Zulassung zur Wahl zu erhalten. Nach dem Fall der Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl Ende Februar hatte Andre F. Lichtschlag, der Herausgeber der rechten Monatszeitschrift „eigentümlich frei“, zur Unterstützung der „PdV“ aufgerufen. *hma* ■

„Republikaner“ zur NPD

Dortmund/Märkischer Kreis. Wie die NPD NRW berichtet, sind zwei Mitglieder der sog. „Republikaner“ zur NPD übergetreten. So sei der kommissarische Kreisvorsitzende der „Republikaner“ in Dortmund, Herbert Bernhardt, am 10. März aus seiner Partei ausgetreten und habe um Aufnahme in die NPD gebeten. Zuvor war bereits der Kreisvorsitzende der „Republikaner“ im Märkischen Kreis, Marcel Happel, zugleich Mitglied des Landesvorstandes, aus seiner Partei ausgetreten und hatte die Aufnahme in die NPD beantragt. hma ■

Schweden: Linker Ultra nach Nazi-Angriff im Koma



FC St. Pauli Fanblock beim Spiel Düsseldorf – St. Pauli am16.3.2014; Foto: Archiv

In Schweden haben mutmaßlich Neonazis einen bekannten Fan von Malmö FF schwer verletzt. Nach Angaben der Ultras wurde Showan Shattak von Neonazis niedergestochen und liegt im künstlichen Koma. Er engagiert sich insbesondere gegen Schwulenfeindlichkeit im Fußball.

Showan Shattak ist seit Längerem verhasst in der schwedischen Nazi-Szene. Die rechtsextreme Seite „Realisten“ berichtete im November 2013, hinter der neuen „Homokampagne“ der Malmö-Ultras stehe „der bekannte Linksextremist“ Showan Shattak, der an verschiedenen linken Demonstrationen teilgenommen habe.

Zudem berichtete die Hetzseite, die Kampagne gegen Homophobie im Fußball sei maßgeblich von der aus St. Pauli inspiriert worden. …

„Niedergestochen und misshandelt“

Die Ultras Malmö veröffentlichten auf ihrer Facebook-Seite am Sonntag ein Bild von Shattak und schrieben dazu: „Alle unsere Gedanken sind heute bei unseren Freund Showan, der in der Nacht in Möllan von Nazis niedergestochen und misshandelt wurde.“ (*Möllan ist ein Szene- und Ausgehviertel in Malmö.*)

Showan liege derzeit im künstlichen Koma im Krankenhaus, heißt es weiter. Die Ultras betonten, dass sie in ihrem Stadion niemals Rassismus oder Neonazismus akzeptieren würden.

Auf Facebook und Twitter wünschten Hunderte Menschen Showan Shattak und seiner Familie viel Kraft. Eine linke Gruppe berichtet auf Twitter, es seien noch mehr Personen durch die Nazis verletzt worden. Die Gruppe mit Showan befand sich auf dem Nachhauseweg von der Frauentag-Mitternachtsparade im Folketspark, als sie auf dem Möllenvångstorget von Nazis mit Messern attackiert wurden. Drei der Verletzten erlitten Stichwunden, darunter auch ein Freund und Genossen von Allt at Alla Malmö, dem ein Messer in die Lunge gerammt wurde.

Derzeit nicht mehr in Lebensgefahr

… Freunde der Angegriffenen hätten sich in der Nacht vor dem Krankenhaus versammelt. Die Polizei teilte nach Angaben →

Aus dem Inhalt:

Potsdam ohne Garnisonkirche

POTSDAM. Die Initiative „Potsdam ohne Garnisonkirche“ hat ein Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der Garnisonkirche angekündigt. Als mögliches Ziel des Bürgerbegehrens wurde der Austritt der Stadt Potsdam aus der Wiederaufbau-Stiftung genannt. Im ersten Schritt benötigt die Initiative gegen die Garnisonkirche mindestens 14 000 Unterschriften aus der Einwohnerschaft.

hma ■

„Die Umwelt“ eingestellt

ÖSTERREICH/WIEN. In Wien verstarb am 16.Februar im Alter von 91 Jahren die langjährige Herausgeberin der extrem rechten Zeitschrift „Die Umwelt“, Hemma Tiffner. Die Tochter eines Kärntner Großgrundbesitzers meldete sich während des Naziregimes als Stabshelferin zur Wehrmacht. 1972 gründete Tiffner die geschichtsrevisionistische Zeitschrift „Die Umwelt“, die sie bis 2013 herausgab. Tiffner, „Fahnenmutter“ der „Kameradschaft Freikorps Oberland – Bund Oberland“, verfügte über gute Kontakte zur NPD, aber auch zu FPÖ-Aktivisten.

hma ■

Dessau: Neonaziaufmärsche und Proteste

Dessau stand auch gestern (8.03.) wieder im Zeichen des Protestes gegen den jährlich stattfindenden so genannten „Trauermarsch“ des regionalen neonazistischen Milieus.

Trotz der Kontinuität war es jedoch bisher noch nie gelungen, die Neonazis und ihren Aufzug aufzuhalten. Auch in diesem Jahr nicht.

Im bürgerlichen Lager hatte die so genannte „Menschenkette“ um die Innenstadt Priorität, während sich nur wenige Mutige fanden, die den Neonazis direkt entgegentreten bzw. sich entgegensetzen wollten. So blieb der wahrnehmbare Protest auf drei Blockadeversuche und einzelne Transpiaktionen beschränkt.

Die Nazis zogen so relativ ungestört vom Hauptbahnhof zum Südbahnhof. Etwa 200 Personen nahmen an ihrer Veranstaltung teil. Es gab zwei Kundgebungen, bei denen Dieter Riefling und ein Neonazi aus Dresden redeten. Zudem trat der „Liedermacher“ OIRAM aus Wittenberg auf. Außer aus Sachsen und Sachsen-Anhalt waren übrigens auch Neonaziabordnungen aus Berlin, Brandenburg und Thüringen da.

Hielten sich die Neonazis bei ihrem „Trauermarsch“ noch stumm zurück, machten sie bei ihrem zweiten Marsch am Abend (19.00 Uhr) sehr lautstark Stimmung gegen Asylsuchende, „Ausländer“, Linke und die Regierung.

Beispiele für skandierte Parolen:

„Kriminelle Ausländer raus – und der Rest auch“ • „Kemal, Ali, Mustafa – geht zurück nach Ankara“ • „Wer hat uns verraten – die Demokraten“

An diesem Marsch nahmen ungefähr 140 Neonazis teil.

Proteste dagegen gab es hingegen nur am Rande. Die neonazistische Zwischenkundgebung, abermals mit Riefling als Redner, wurde durch Pfiffe gestört. Zudem wurden Transpis gegen Nazis gezeigt.

Quelle: http://de.indymedia.org 09.03.2014 ■

Repression gegen Antifa nach Nazi-Angriff

Am Montag, 6. Januar 2014 wurde das Autonome Zentrum Aachen von rund 20 Nazis angegriffen.

In der folgenden Erklärung wollen wir zu dem skandalösen Vorgehen der Polizei infolge des Angriffs Stellung beziehen.

Der Angriff einer von vielen

Am Abend des 6. Januar 2014 wurde gegen 21 Uhr das Autonome Zentrum in der Vereinsstraße/Hackländerstraße von etwa 20 bewaffneten und teilweise vermummten Neonazis aufgesucht. Diese traten gegen die Tür und verschafften sich gewaltsam Zutritt zum Eingangsbereich. Dort hinein warfen die Holzlatten und Straßenpoller, die sie zuvor aus dem Boden der Baustelle vor dem neuen Eingang des AZ gerissen hatten. Anschließend kam es auf der Straße zu weiteren Angriffen mit Flaschen und Holzlatten.

Bei Eintreffen der ersten anrückenden Polizeibeamt*innen aus Richtung Hauptbahnhof flüchteten die Angreifer in Richtung Innenstadt und Theaterstraße.

Unter den Angreifern waren Personen aus dem Umfeld der inzwischen verbotenen Kameradschaft Aachener Land, sowie Mitglieder der Hooligantruppe Westwall Aachen. Die Kameradschaft Aachener Land (KAL) war bis zu ihrem Verbot im Sommer 2012 in Aachen und der gesamten Region federführend und ist verantwortlich für unzählige Angriffe auf Antifaschist*innen in und um Aachen. So wurden in den vergangenen Jahren u.a. Privatwohnungen, das Büro der Partei ‚Die Linke‘, das Autonome Zentrum u.a. mit Molotow-Cocktails, Stahlkugeln, einem Drive-By-Shooting mit einer Gaspistole, Buttersäure, einer Bombenattrappe, sowie Antifaschist*innen vielfach auf offener Straße attackiert und bedroht. Auch der jüdische Friedhof und die Synagoge an der Promenadenstraße wurden mit antisemitischen und volksverhetzenden Symbolen bemalt.

Der Neonazi und ehemalige Anhänger der KAL Falko W. wurde u.a. wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz zu einer Haftstrafe verurteilt. Der ehemalige KAL-Kader Denis U. wurde erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen….

Dies sind lediglich ein paar Beispiele, die Liste der Nazi-Angriffe in Aachen ließe sich jedoch nahezu unendlich fortsetzen und würde den Rahmen an dieser Stelle sprengen.

Festzuhalten ist allerdings, dass Aachen nach wie vor eine Hochburg der rechten Szene in NRW darstellt und das ständige, inzwischen schon routinierte Herunterspielen dieses Problems, seitens Stadt und Polizei, auch nach dem jüngsten Angriff kein Ende finden will.

Fortsetzung Seite 4 oben

Foto auf der Seite der Malmö-Ultras auf Facebook



der Zeitung am Sonntagvormittag mit, dass sich der Zustand des am schwersten verletzten Mannes stabilisiert habe und er nicht mehr in Lebensgefahr schwebe.

Dies widerspricht Informationen, die ich aus dem Umfeld des Opfers erhalten hatte. Demnach kämpfte Shattak weiter um sein Leben. Mittlerweile heißt es, Shattaks Zustand sei zwar weiterhin kritisch, aber er schwebe nach zwei Operationen derzeit nicht mehr in Lebensgefahr.

„Ingen nazister pa vare gater!“

Viele Nutzer posteten in sozialen Netzwerken die skandinavienweit bekannte Anti-Nazi-Parole „Ingen nazister pa vare gater“ – Keine Nazis auf unseren Straßen. Die norwegische Punk-Band Dead Gerhardsens veröffentlichte ein Lied dazu, welches mittlerweile zum Klassiker avancierte:

Die Gewalttat dürfte die Diskussion über Neonazi-Gewalt in Schweden und Skandinavien noch einmal anheizen. Die Verbindungen zwischen deutschen und schwedischen Neonazis sind vielfältig. Auch im NSU-Komplex führten zahlreiche Indizien in das skandinavische Land.

9. März 2014, Patrick Gensing /www.publikative.org ■

Entschädigungsforderungen „mit Scham und mit Schmerz“ zurückgewiesen

Bundespräsident Gauck wies bei seinem Besuch in Griechenland sämtliche Forderungen nach Reparationen und Entschädigung für NS-Verbrechen schroff zurück. Auf die Forderung des griechischen Staatspräsidenten Papoulias erklärte Gauck: „Der Rechtsweg ist abgeschlossen“.*

Das ist Wunschdenken deutscher Regierungspolitik. Die jüdische Gemeinde Thessaloniki fordert Entschädigung für die Verbrechen durch die deutsche Besatzungsmacht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Das rechtskräftige Urteil im Fall des Massakers in Distomo wäre mit der Zustimmung der griechischen Regierung vollstreckbar. Die Reparationsforderungen von griechischer Seite sind nicht erloschen und können eingefordert werden, wie es Staatspräsident Papoulias gegenüber Gauck auch getan hat.

Die in Deutschland medial viel gelobte Formel: „Mit Scham und mit Schmerz bitte ich im Namen Deutschlands die Familien der Ermordeten um Verzeihung.“ ist ein Wiederaufguss der „Trauer und Scham“, die der damalige Bundespräsident Rau 2000 in Kalavryta bekundete. Gauck erklärte weiter: „Die moralische Schuld wollen wir weder leugnen noch relativieren.“ Aber sie soll vor allem keine materiellen Konsequenzen haben: Keine Entschädigung der Opfer, keine Bestrafung der Täter. Die Opfer und Hinterbliebenen haben bei allen Gelegenheiten gegenüber Gauck ihre Forderungen nach mehr als wohlfeilen Worten deutlich gemacht. Argyris Sfountouris, Überlebender des Massakers in Distomo, überreichte dem Präsidenten beim Staatsempfang ein entsprechendes Dossier. Vertreter des Nationalrats für die griechischen Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland protestierten beim Besuch Gaucks in Lyngiades. Bundespräsident Gauck führte aus: „Wirkliche Wiedergutmachung – das wissen wir – kann es nicht geben.“ Dem setzen wir entgegen: *Entschädigung der Opfer – das fordern wir – muss es geben.*

AK-Distomo Hamburg, den 9.3.2014
http://ak-distomo.nadir.org/ [Webseite soll bald repariert sein]
*Zitate: * Spiegel-Online vom 06.03.2014,ansonsten Reden des Bundespräsidenten beim Staatsbesuch in Griechenland.*

Der Kampf um die Entschädigung – Der Rechtsstreit vor deutschen Gerichten

Im Jahr 1995 begann mit einer Klage vor dem Landgericht Bonn die juristische Auseinandersetzung um die Entschädigung griechischer NS-Opfer vor deutschen Gerichten. Die vier Geschwister Sfountouris aus Distomo erhoben Klage, um ihre Ansprüche auf Entschädigung durch die Bundesrepublik Deutschland zu erstreiten, aber auch um die historische Wahrheit festschreiben zu lassen und die deutsche Öffentlichkeit mit dem verdrängten Thema der NS-Verbrechen in Griechenland zu konfrontieren.

Alle vier deutschen Gerichte, die mit dem Fall befasst waren, wiesen die Ansprüche der griechischen Kläger zurück, zuletzt das Bundesverfassungsgericht im März 2006. Im Juni 2006 reichten die Kläger Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg ein, denn sie sehen durch die Entscheidungen deutscher Gerichte ihre Menschenrechte verletzt. Im vergangenen Jahr verstarb Astero Liaskou, geb. Sfountouris. Ihre vier Kinder führen den Prozess fort.

https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ak-distomo/

Erklärung des Nationalrats für die Einforderung von Kriegsschulden Deutschlands gegenüber Griechenland

Mit Ehrerbietung, Wertschätzung und Gefühlen der Solidarität gegenüber dem deutschen Volk empfangen wir den Herrn Bundespräsidenten Joachim Gauck in Griechenland. Für den Nationalrat ist dies – ebenso wie für das gesamte griechische Volk – aber auch eine Gelegenheit, die noch nicht eingelöste Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Geschichte in Erinnerung zu rufen: die Übernahme der Verantwortung und tätige Wiedergutmachung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das „Dritte Reich“ in Griechenland begangen hat.

Der Besuch des Bundespräsidenten, bei dem er Märtyrerorte in unserem Land besuchen und sich vor den Opfern verneigen wird, ist von tiefer Symbolkraft, und wir hoffen, dass dies nicht nur als Geste an der Oberfläche bleiben, sondern dass dieser Besuch auch in der Realität Wirksamkeit entfalten möge.

Die im Holocaust fast vollständig vernichtete jüdische Gemeinde von Joannina, deren Angehörige von Soldaten der Nazi-Wehrmacht gewaltsam in die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz getrieben wurden, und der Märtyrerort Lyngiades, ein kleines Dorf, in dem Soldaten der Nazi-Wehrmacht 82 unschuldige und friedliebende Zivilisten kaltblütig ermordeten – unter ihnen Säuglinge, Kinder, Frauen und Greise – sind Menetekel der NS-Barbarei; sie hat in Griechenland das Ausmaß einer endzeitlichen Katastrophe angenommen. Das Massaker von Lyngiades, das jahrzehntelang in Vergessenheit geraten war, bis es ein deutscher Wissenschaftler, Prof. Christoph Schminck-Gustavus, nach systematischen und langjährigen Recherchen im Detail dokumentiert und wieder ans Licht gebracht hat, ist zugleich auch ein Symbol des Kampfes gegen die Verfälschung der Geschichte und gegen das Einsargen der Erinnerung.

Die Bilanz des Angriffs der Nazi-Wehrmacht gegen unser Land und seine unschuldigen Bürger ist tragisch und ihre Folgen noch heute sichtbar: mehr als 100 Holocaust-Verbrechen mit Zehntausenden getöteter Zivilisten haben die Besatzungstruppen begangen; 1770 Dörfer wurden niedergebrannt, mehr als 400 000 Häuser eingeäschert. Unser Land erlitt eine nie gesehene Katastrophe von biblischen Ausmaßen von einer Größe und einem Umfang wie es kein anderes Land erlitten hat. Infolge der Bombardierungen, der Massenhinrichtungen, der Hungersnöte, der Epidemien und des Geburtenrückgangs verlor unser Land 13,5% seiner Bevölkerung. Demgegenüber hat die UdSSR im Krieg 10%, Polen 8 % und Jugoslawien 6% seiner Gesamtbevölkerung verloren.

Zugleich erlitt unser Land eine unglaubliche wirtschaftliche Katastrophe: die Infrastruktur wurde verwüstet, die Ressourcen geplündert. Kulturgüter und archäologische Schätze gestohlen und nach Deutschland abtransportiert. Am Kulturerbe des Landes sind dadurch nicht wiederherstellbare Schäden angerichtet worden.

Und dennoch: Auch 70 Jahre nach dem Ende der Besatzung und 24 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat unser Land noch keine Wiedergutmachung, keine Entschädigung von der Bundesrepublik erhalten. Und dies, obwohl

Fortsetzung Seite 4 unten

Umstrukturierung der Naziszene nach den Verboten

Nach dem Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund (NWDO), der Kameradschaft Aachener Land (KAL) und der Kameradschaft (KS) Hamm organisierte sich ein Großteil der Autonomen Nationalisten (AN) neu und fand sich im Schutze des Parteienrechts schnell wieder bei der neu gegründeten Partei Die Rechte unter Führung des Hamburger Neonazis Christian Worch.

Auch in Aachen und Heinsberg gründete sich ein Verband der Partei. Gesicht der Partei ist der Neonazi Andre Plum, welcher offiziell als Kreisvorsitzender agiert. Plum wurde erst vor wenigen Wochen vom Amtsgericht Aachen für verschiedene Delikte zu einer einjährigen Jugendstrafe verurteilt (noch nicht rechtskräftig).

Seit dem Jahr 2012 gibt es in Aachen ebenfalls eine weitere Hooligan-Gruppe, die offenbar versucht im Rocker-Business Fuß zu fassen. Die Westfront Aachen, welche sich zwar offiziell als unpolitisch bezeichnet, jedoch Raum für Neonazis und Faschisten bietet, ist organisiert als Hooligangruppe mit klaren Hierarchien. Sie tritt im Aachener Stadtgebiet häufig in großen Schläger-Gruppen von bis zu 30 Personen und meist in einheitlicher Kleidung auf.

Vorgehen der Polizei gegen Antifaschistische Strukturen

Die Aachener Justiz duldete lange Zeit das militante Auftreten der KAL und ging nur selten gegen Neonazis in Aachen vor. So wurde nach Angriffen auf das AZ von „rivalisierenden Jugendgruppen" und nach Angriffen von Neonazis und Hooligans auf die Aachen Ultras (ACU) von „verfeindeten Fangruppen" bei Alemannia Aachen gesprochen.

Auch nach dem Angriff des 6. Januar ist das Vorgehen der Polizei eindeutig zu werten.

Nachdem die Auseinandersetzungen im Eingang und auf der Straße beendet waren, umstellte die Polizei mit einer Vielzahl von Beamt*innen das Autonome Zentrum und riegelte den Straßenverkehr zwischen Hauptbahnhof und der Kreuzung Normaluhr ab. Alle Personen, die nach dem Empfinden der Polizist*innen tendenziell links sein könnten, wurden von der Polizei kontrolliert. Ein Auto wurde von der Polizei in der Innenstadt unter fadenscheiniger Begründung angehalten und kontrolliert, während am AZ damit gedroht wurde, die Einganstür aufzubrechen, um alle Personalien der dort anwesenden Personen zu kontrollieren.

Diese Belagerung des Autonomen Zentrums hielt bis ca. 0 Uhr an, erst dann rückten die Beamt*innen ab.

In der anschließenden Pressemitteilung der Polizei war keineswegs die Rede von einem organisierten Neonazi-Angriff auf das AZ, sondern vielmehr von einer Personengruppe, welche „vor der Türe erschienen und […] mit den dort anwesenden Besuchern des AZ in Streit" geraten sei.

Dass das Erscheinen der Neonazis kein Zufall gewesen sein kann, wurde hierbei ausgelassen.

3 der 7 anschließend festgenommenen Neonazis wurden verharmlosend als „Rechtsaktivisten" bezeichnet, wie auch immer das zu verstehen sein mag.

Bereits Anfang November 2013 ermöglichte die Polizei mehrere Angriffe und Störversuche von Neonazis und Hooligans bei einer antirassistischen Demonstration von der linksjugend 'solid.

Stellungnahme dazu: http://de.indymedia.org/2013/11/349937.shtml

SoKo gegen rechts ermittelt gegen links

Vor wenigen Tagen erhielt nun ein Antifaschist aus Aachen Post von der Polizei und wurde als Beschuldigter dazu aufgefordert, eine Aussage zu den Tatvorwürfen des 6. Januar zu machen. Vorgeworfen werden ihm u.a. Landfriedensbruch und versuchte gefährliche Körperverletzung.

Der Antifaschist wird der Vorladung jedoch nicht Folge leisten.

Skandalös hierbei ist, dass die Ermittlungen gegen den Betroffenen von der Sonder-Kommission REMOK geführt werden, welche von der Polizei eigentlich ins Leben gerufen wurde, um gegen die Neonazistischen Straftaten in Aachen vorzugehen.

Warum sie also gegen Antifaschist*innen vorgeht und Ermittlungen führt ist für uns in keiner Weise nachvollziehbar. Wir fordern die Aachener Justiz und die Stadt Aachen auf, nun endlich ein für alle mal die Augen zu öffnen und nicht weiter Antifaschistische Strukturen zu kriminalisieren, sowie die ständige Verharmlosung rassistischer und neonazistischer Angriffe zu beenden.

Antifaschismus ist kein Verbrechen sondern Notwendigkeit! Den antifaschistischen Selbstschutz ausweiten! Gegen Repression und Naziterror!

Autonomes Zentrum Aachen, 12. März 2014; http://az-aachen.de ■

---

alle anderen, damals von der Wehrmacht besetzten Länder solche Wiedergutmachungsleistungen erhalten haben – alle, nur nicht Griechenland. Warum?

Des weiteren: auch der damals erhobene Zwangskredit für die Besatzungskosten ist unserem Land nicht – wie versprochen – zurückerstattet worden, während die entsprechenden Zwangskredite an andere Länder wie Polen und Jugoslawien zurückgezahlt wurden. Warum?

Und schließlich: Die aus Griechenland geraubten Altertümer und archäologischen Kunstwerke von unschätzbarem Wert sind auch nicht zurückgegeben worden. Warum?

Wie erklärt sich diese unbegreifliche Haltung unserem Land gegenüber?

70 Jahre lang sind diese drängenden Fragen ohne Antwort geblieben. Es hat bislang nur einige halblaute Worte des Bedauerns gegeben. Soll es dabei bleiben und wie lange noch? Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo sich Deutschland endlich zu seiner Verantwortung bekennen und ehrliche Reue für die Untaten und Verbrechen des „Dritten Reichs" gegenüber Griechenland bekennen muss. Aufrichtig und durch Taten! Die ehrliche Bitte um Vergebung muss begleitet werden von Taten der Gerechtigkeit und Wiedergutmachung!

Ernster Wille und Mut sind hierzu erforderlich. Dann werden sich auch Wege finden lassen, um die verdrängten Fragen deutscher Kriegsschulden gegenüber Griechenland zu lösen. Lasst uns gemeinsam die Mauern der Gleichgültigkeit und der Härte gegenüber dem griechischen Volk durchbrechen! Auf demokratischem Wege, mit Zugeständnissen von beiden Seiten, ohne Feindschaft und alte Schmerzen1! Wir haben hierbei als Grundsatz den Leitgedanken: „Δικαιοσύνη! Όχι εκδίκηση – Gerechtigkeit, keine Rache!"

So empfangen wir im Epirus den ersten Bürger der Bundesrepublik Deutschland, indem wir zugleich unseren Kampf für Gerechtigkeit gegenüber dem griechischen Volk verstärken. Es ist dies ein Kampf, der nicht nur Unterstützung vom gesamten griechischen Volk, sondern auch von zahllosen demokratisch gesinnten Menschen in Deutschland erfährt; auch sie fordern „Gerechtigkeit und Wiedergutmachung!" für die Opfer der Nazi-Barbarei in Griechenland.

Die von Griechenland gebrachten Opfer haben in unschätzbarer Weise zur Befreiung vom Joch der NS-Herrschaft für Europa und auch für Deutschland beigetragen. Das darf niemals vergessen werden, auch heute nicht. Es ist von herausragender Bedeutung für das Bewusstsein einer auf ethische Prinzipien gegründeten Weltordnung. Es ist so auch notwendige Voraussetzung dafür, dass wir endgültig das Schwarzbuch der NS-Herrschaft schließen können und dass unsere beiden Länder und Völker ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufschlagen: ein Kapitel des Friedens, der Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung, der Aufrichtigkeit und des gegenseitigen Verständnisses. So werden wir gemeinsam unsere Zukunftsziele für die nach uns kommenden Generationen erreichen.

Lyngiades Ioannina, 7.3.2014, www.holocaust.gr ■

International gegen SS-Verherrlichung

Lettische und deutsche Antifaschisten demonstrierten in Riga gegen Marsch von Nazi-Veteranen

Seit über 20 Jahren marschieren Veteranen und Sympathisanten derfrüheren lettischen Waffen-SS-Divisionen am 16. März durch Riga, um die Nazi-Kollaborateure als Freiheitskämpfer darzustellen.

„Wir wollen unsere Solidarität mit jenen Letten zum Ausdruck bringen, die damit nicht einverstanden sind“, sagt Hans Coppi im Schneetreiben von Riga. Der Vorsitzende der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat eigens für diesen Sonntag eine Busreise in die lettische Hauptstadt organisiert – um mit anderen Antifaschisten gegen die Ehrung von lettischen SS-Verbänden zu demonstrieren.

Die aus über 30 Personen bestehende Gruppe aus Deutschland versetzte die lettischen Behörden in regelrechte Alarmstimmung. An der litauisch-lettischen Grenze wurde der Berliner Bus über zwei Stunden festgehalten, die Identität aller Passagiere erfasst – an Bord waren Aktivisten im Alter zwischen Anfang 20 und 80 – und mitgeführte Plakate fotografiert. Kurz vor Riga musste der Bus erneut für über vier Stunden anhalten. Der Chef der lettischen Sicherheitspolizei hatte im Vorfeld vor „radikalen Kräften“ aus dem Ausland gewarnt, die auf „schwarze Listen“ gesetzt würden.

In Lettland war die Beteiligung an dem Gedenken für NS-Kollaborateure bislang kein großer Skandal. Ein lettisch-deutsches Bündnis von Antifaschisten hat das aber geändert und indirekt sogar einen Minister gestürzt. Denn die lettische Regierung weist zwar jede Kritik an der SS-Legion als „russische Schmutzkampagne“ zurück, so etwa in einer Stellungnahme der lettischen Botschaft in Berlin. Dennoch fürchtet Riga den Vorwurf der Nazi-Glorifizierung, weswegen Premierministerin Laimdota Straujuma ihre Minister angewiesen hatte, sich vom SS-Marsch fernzuhalten.

Voriges Jahr durften die Abgeordneten der an der Regierung beteiligten rechtsradikalen Partei „Alles für Lettland“ noch ungestraft mitmarschieren. Dieses Jahr wurde der Minister für Regionen gefeuert, nachdem er angekündigt hatte, sich dem Marschverbot zu widersetzen. Damit hatte die Internationalisierung des Protests die erwünschte Wirkung, Lettland zu einer wenigstens teilweisen Distanzierung vom SS-Marsch zu zwingen.

Auch im Straßenbild waren die Folgen des Protests nicht zu übersehen: Um die kaum mehr als 60 Nazi-Gegner in Schach zu halten, wurde die Rigaer Altstadt in ein polizeiliches Heerlager verwandelt. Proportional noch stärker gestiegen war die Präsenz von Medien: „Die Journalisten haben sich regelrecht auf uns gestürzt, um zu erfahren, was wir hier wollen“, so ein deutscher Aktivist. Unter den Demonstranten war auch die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (LINKE). Sie bezeichnete die Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus gegenüber „nd“ als „gemeinsame europäische Aufgabe der Antifaschisten“.

Der SS-Marsch fiel mit rund 2000 Teilnehmern größer aus als im Vorjahr. Auf dieser Seite galt es einen Jahrestag zu feiern: Vor 70 Jahren hatten die lettischen SS-Männer ihre erste große Schlacht gegen die Rote Armee geführt. Efraim Zuroff vom Simon-Wiesenthal-Zentrum in Jerusalem, der auch zu den Protesten gekommen war, nannte auf einer Konferenz im Anschluss an den Marsch die Unterstützung aus Deutschland einen „wertvollen Beitrag“ im Kampf gegen Geschichtsverdrehung. Die Glorifizierung der SS sei eine „Beleidigung der Opfer des Holocaust“.

Selbstkritische Auseinandersetzungen mit dem Thema Nazi-Kollaboration gibt es in Lettland bis heute nur in Ansätzen. Die Nazi-Gegner mussten sich von Passanten allerhand Beleidigungen anhören. Dem Historiker Maris Ruks zufolge, mit dem „nd“ einen Tag vor dem Marsch sprach, riskieren lettische Wissenschaftler bei allzu detaillierter Holocaustforschung einen Karriereknick. Ruks hat vor wenigen Wochen das erste Buch über Viktors Arajs herausgegeben, der 1941 mit einem Sonderkommando aus lettischen Freiwilligen Tausende Juden und Kommunisten niedermetzelte. Das Kommando ging danach in den SS-Verbänden auf, genauso wie etliche Abteilungen der Hilfspolizei, die ebenfalls aus Freiwilligen bestanden und Erschießungen an Zehntausenden Juden vorgenommen hatten.

Frank Brendle, Riga am zuerst am 17.3.2014 im neuen deutschland erschienen ■

Lautstark gegen rechts

Antifaschisten und Antirassisten demonstrierten am Wochenende in Bautzen, Chemnitz, Kirchheim, Dresden und Leipzig. Bekenntnis zu Solidarität mit Flüchtlingen. jW-Bericht

In mehreren Städten in Sachsen sowie im thüringischen Kirchheim sind am Wochenende zahlreiche Menschen gegen rechte Hetze auf die Straße gegangen. Sie protestierten auch gegen einen Landesparteitag der neofaschistischen NPD.

In Bautzen wandten sich am Samstag nachmittag laut Polizei insgesamt rund 1000 Menschen lautstark gegen eine von Neonazis initiierte Demonstration. Das rechte Bündnis „Bautzen wehrt sich gegen Asylmißbrauch“ forderte, im Landkreis keine weiteren Flüchtlingsheime einzurichten. Die auf Plakaten und Flyern angegebene Adresse von „Bautzen wehrt sich“ war die des sächsischen NPD-Landesverbandes und des NPD-eigenen Deutsche-Stimme-Verlags.

Unter dem Motto „Bautzen bleibt bunt“ hatte ein Bürgerbündnis dazu aufgerufen, Rassismus und Naziideologie entgegenzutreten. Insgesamt waren am Samstag sieben Kundgebungen gegen Rechts angemeldet, u.a von der IG Metall, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Linkspartei, Grünen und SPD. Damit sollten mehrere Plätze für den fremdenfeindlichen Aufzug blockiert werden, sagte Ostsachsens DGB-Chef Bernhard Sonntag. Antifaschisten versuchten, mit Pfiffen, Musik und Buhrufen den Aufmarsch der 250 bis 300 Rechten zu stören. Die Polizei war mit rund 500 Beamten im Einsatz. Die von dem Linke-Politiker Jens Thöricht angemeldete Demonstration stand unter dem Motto „Veto – Gegen jeden Rassismus!“. Sie war zugleich Auftakt für eine antifaschistische und antirassistische Kampagne zum Wahljahr 2014. Mit ihr soll u.a. für selbstbestimmtes Wohnen für Asylsuchende, ein uneingeschränktes Bleiberecht und die Abschaffung von Restriktionen wie Residenzpflicht, Arbeitsverbot und Gutscheinzwang mobil gemacht werden.

Bereits am Samstag vormittag hatten in Kirchheim bei Arnstadt rund 120 Menschen gegen einen Landesparteitag der NPD demonstriert. An der Kundgebung beteiligten sich unter anderem Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) und die Landrätin des Ilm-Kreises, Petra Enders (Die Linke). Die NPD nutzte bereits zum sechsten Mal einen Gasthof in dem Ort für ihr Treffen. Nach Angaben der Mobilen Beratung für Demokratie (MOBIT) ist das Lokal seit Jahren ein bundesweit bekanntes Veranstaltungszentrum der Neonazipartei. Erst im Januar hatte sie dort ihren Bundesparteitag abgehalten. Am Samstag stellte ihr Thüringer Verband seine Kandidatenliste für die Landtagswahl im September auf. Derzeit ist die NPD nicht im Erfurter Parlament vertreten.

In Chemnitz demonstrierten nach Polizeiangaben am Samstag rund 60 Menschen unter dem Motto „Rassistischer Hetze entgegentreten“. Der Anlass: Eine Kundgebung, auf der die Schließung des Asylbewerberheims in Chemnitz-Ebersdorf gefordert wurde. Daran hatten etwa 70 Personen teilgenommen.

In der Dresdner Neustadt hatten am späten Freitag abend nach Angaben von Antifaschisten rund 70 Menschen gegen rechte und rassistische Übergriffe demonstriert. Wie das Antifa-Demobündnis mitteilte, sind in der sächsischen Landeshauptstadt allein im vergangenen Jahr 33 rassistische Attacken bekanntgeworden.

In Leipzig blockierten ebenfalls am Freitag Abend rund 100 Menschen unter dem Motto „Nazizentren abreißen – Ein Herz für Baulücken“ eine Veranstaltung mit dem NPD-Kandidaten zur Europawahl, dem Exbundesvorsitzenden Udo Voigt.

Quelle: junge welt, 17.3.2014 ■

Ein letztes Zucken oder der Wiederbeginn der Aufmärsche

Jahrelang haben die Nazis vom „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ gepredigt, dass es ein „würdiges“ Gedenken nur am 13. Februar selbst geben könne. Die Toten dürften nicht zum Gegenstand „einer von Partei- oder Privatinteressen geprägten Auseinandersetzung“ werden, hieß es großspurig. In diesem Jahr warf man die hohen wie hohlen Ansprüche gänzlich über Bord und verzichtete auf einen Aufmarsch am 13. Februar. Stattdessen wich das Aktionsbündnis um Maik Müller, Ronny Thomas und Simon Richter klammheimlich auf den 12. Februar aus. Der Grund ist banal und vor allem den eigenen Interessen geschuldet: die Nazis wollten einfach mal wieder ohne antifaschistische Blockaden laufen.

Bereits im Vorfeld zeichnete sich ab, dass das Aktionsbündnis den 13. Februar aufgibt. Im Januar meldeten die Nazis eine stationäre Kundgebung für den 13. Februar vor der Frauenkirche an – wohlwissend, dass diese Anmeldung keinen Bestand haben wird. Nicht unbedingt wegen des höchst kritikwürdigen sächsischen Versammlungsgesetzes, um welches die Dresdner Versammlungsbehörde und die Gerichte erneut versucht haben einen Bogen zu machen, sondern weil dort bereits die kirchlich organisierte Gedenkveranstaltung für ein „wahrhaftiges Erinnern“ stattfindet. Ernsthafte Chancen auf ein Gelingen ihrer Kundgebung am 13. Februar konnten sich die Nazis bereits zu diesem Zeitpunkt nicht ausrechnen, weswegen sie von Beginn an einen alternativen Plan verfolgt haben. Der war angesichts rapide sinkender Teilnehmendenzahlen bei den Aufmarschversuchen in den Vorjahren mehr als nötig. Denn die gern vorgetragene Parole „Ihr Opfer ist unser Auftrag“ wird von einem Großteil des nationalen Mobilisierungspotentials offenkundig weit weniger ernst genommen, als es sich die Akteure des Aktionsbündnis angesichts ihrer „jahrelangen Arbeit“ vorgemacht haben. Ein absehbares Aufmarschdebakel am 13. Februar hätten sie wohl in diesem Jahr weitgehend allein ausbaden dürfen.

Um dem schwindenden Rückhalt entgegenzuwirken, bauten die Nazis nun also auf einen taktischen Kniff. Sie zogen den Trauermarsch einen Tag vor und verzichteten zugleich auf eine öffentliche Mobilisierung. Maik Müller meldete die Versammlung kurzfristig am 10. Februar für lediglich 50 Teilnehmende an, um zu kaschieren, dass es sich hierbei um die zentrale Naziveranstaltung handelt. Überraschend kam der Aufmarsch am 12. Februar dennoch nicht. Die interne Mobilisierung begann bereits früher, Reisegruppen der Nazis wurden schon in der Vorwoche eingeladen, am 12. Februar nach Dresden zu kommen. Abwegige Anreiseempfehlungen für den 13. Februar, wie etwa der Hinweis, man solle sich ab Mittag in der Innenstadt aufhalten, machten deutlich, dass zu diesem Termin keine Mobilisierung stattfindet. Es verwundert nicht (mehr), dass der Verfassungs- und Staatsschutz offensichtlich entweder keine Erkenntnisse über die länger andauernde Nazimobilisierung auf den 12. Februar hatten oder diese zumindest mal wieder nicht weiterleiteten. Zumindest haben die Behörden ihren Teil dazu beitragen eine Gegenmobilisierung zum Naziaufmarsch ins Leere laufen lassen zu wollen.

Die Anmeldung für den 12. war dann am Montag, 10. Februar allerorten öffentlich zu lesen. Allein: ausreichend ernst genommen wurde dies nicht. An dieser Stelle müssen wir selbstkritisch einräumen, unsere bereits am 21. Januar veröffentlichte Einschätzung, die Nazis würden „den Gegenprotesten zeitlich gesehen aus dem Weg gehen“ , nicht noch einmal nachdrücklich dahingehend präzisiert zu haben, dass mit dem zentralen Aufmarsch der Nazis tatsächlich am 12. Februar zu rechnen ist und es sich bei den Ankündigungen für den 13. tatsächlich lediglich um Ablenkungsmanöver handelt.

Am Abend des 12. Februar fanden sich etwa 490 Nazis zum Fackelmarsch ein und damit noch einmal deutlich weniger als im Vorjahr. Das ist zweifellos Ergebnis kontinuierlicher antifaschistischer Proteste, die die Nazis zum Verzicht auf eine offene Mobilisierung zwangen und die die nationalen Ausflüge am 13. Februar nach Dresden wenig erfolgversprechend machten. Dennoch bleibt es eine erhebliche Zahl, zumal für eine mehr oder weniger interne Mobilisierung unter der Woche. Es zeigt, dass der nach wie vor hohe Vernetzungsgrad der regionalen Naziszene nicht unterschätzt werden sollte. Diese stellte den Großteil der Anwesenden, ergänzt um größere Gruppen aus Berlin und Leipzig. Das organisatorische Rückgrat der Demonstration setze sich aus altbekannten Nazikadern zusammen, darunter Ronny Thomas und NPD-Landesvize Maik Scheffler, der den Ordnerchef gab. Die Route führte die Fackeln tragenden Nazis nach der Auftaktrede des NPD´lers Olaf Rose am Theaterplatz über die Wilsdruffer Straße zur Zwischenkundgebung an der Trümmerfrau vor dem Rathaus und anschließend über die Petersburger Straße zum Hauptbahnhof. Dort trat Maik Müller als Redner auf. Beendet wurde der Aufmarsch mit einer zwanzigminütigen Videovorführung und dem Singen aller drei Strophen des Deutschlandliedes.

Dass das problemlos möglich war, liegt an der traditionell großzügigen Auflagenpolitik der Dresdner Versammlungsbehörde, die den Nazis möglichst wenig Probleme bereiten möchte, aber antifaschistischen Protestveranstaltungen mit rauem Ton und harten Auflagen begegnet, damit das Ereignis reibungslos und zügig abläuft. Da dürfen Nazis mit offenem Feuer hantieren, während antifaschistischen Kundgebungen die Größe von Transparenten mit Verweis auf hanebüchene Gefährdungslagen beschränkt wird. Wie schon so oft wurde auch die Route der Nazidemonstration geheim gehalten, um deren reibungsloses Durchkommen zu erleichtern. Bereichert wurde das bekannte Spiel diesmal noch um Desinformation durch das Sächsische Staatsministerium des Inneren. So bewertete Innenminister Markus Ulbig noch am 11. Februar die Verlegung des Naziaufmarsches, als „Verwirrspiel der Rechtsextremen, das allerdings auch in den eigenen Reihen für Verwirrung sorgt.“ Worauf auch immer die Informationen des Innenministers gestützt waren, die Qualität lässt den Verfassungsschutz als Quelle vermuten, richtig waren sie jedenfalls nicht. Und so entsteht durchaus

AKTION „BRAUNER SACK“ gegen rassistischen Wahlkampf



KÖLN. Im April wird der Wahlkampf für die Kommunal- und Europawahl am 25.05.2014 beginnen. Besonders „Pro Köln”, aber auch AfD und NPD werden dann verstärkt mit rassistischer Hetze auf Stimmenfang gehen.

Was tun, wenn du auf einen Stand von „Pro Köln“ triffst?

☛ Hol dir den „Braunen Sack“ mit der Aufschrift „Brauner Müll“

☛ Stell dich neben den Stand von „Pro Köln“ und fordere die PassantInnen auf, den rassistischen Müll von „Pro Köln“ direkt bei dir zu entsorgen

☛ Fordere andere auf, dich zu unterstützen

☛ Mache ein Foto von Foto von eurer Aktion und sende es an: kontakt@kvfr.de

An verschiedenen Stellen der Stadt gibt es Abholstellen für den „Braunen Sack“:
- Bürgerzentrum Alte Feuerwache
- Bürgerzentrum Ehrenfeld
- Café Weltempfänger, Ehrenfeld
- … (weitere folgen)

Oder anfragen unter: kontakt@kvfr.de

Ihr könnt den Comic downloaden:

http://www.keinveedelfuerrassismus.de/ ■

---

der Eindruck, dass den Nazis der Vorabend des 13. Februars schmackhaft gemacht werden sollte. In der Lokalpresse jubelte es: „Dresdner können erstmals seit Jahren wieder in Stille gedenken“ (SäZ) – denn ohne Nazis blieben auch die störenden Proteste aus. Eine Stoßrichtung, welche die Stadt sicherlich auch mit Blick auf den bevorstehenden 70. Jahrestag 2015 weitertreiben dürfte.

Am 13. Februar selbst war von den Nazis in der Innenstadt nicht viel zu sehen. Der Ankündigung sich an Menschenkette und Gedenkveranstaltung zu beteiligen, kamen erwartungsgemäß nur ein paar wenige Nazis nach und die stiegen reichlich verpeilt durch die Innenstadt. Ein paar lausige Handyfotos sollten „Aktionismus“ vortäuschen. Endgültig lächerlich wurde es, als über den Twitter-account des AgdV versucht wurde Fehlinformationen zu streuen. Am Morgen fand sich bei der offiziellen Gedenkveranstaltung der Stadt auf dem Heidefriedhof nach zwei Jahren Abstinenz eine 80 Personen starke Nazidelegation ein. Sie stellten damit ca. 30 Prozent der Gesamtteilnehmenden dar. Darunter Vertreter der NPD-Landtagsfraktion und des NPD-Landesverbandes, aber auch des „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“. Auffällig war hier besonders, dass die Reihen der Landtagsfraktion löchrig waren. So fehlten einige Vertraute des geschassten NPD-Vorsitzenden Holger Apfel, ein Hinweis, dass die Gräben nach dem Putsch auch innerhalb der Fraktion um einiges tiefer sind als zunächst vermutet.

Eingebettet waren sowohl der Aufmarsch am 12. Februar, als auch die Aktionen am 13. Februar wie in jedem Jahr in die sogenannte „Aktionswoche“: vom 5. Februar beginnend mit einer Saalveranstaltung, über platzierte Holzkreuze in der Innenstadt, Infostand, Flugblattverteilung, Lichterschriftzug, Mahnwache und Kundgebung, bis hin zur üblichen Kranzniederlegung am Gedenkstein in Dresden-Nickern als Abschluss am 14. Februar.

Im Zuge eines sogenannten Stadtspaziergangs mit ca. 25 Teilnehmenden über Altmarkt, Trümmerfrau und Schloss, kam es zu Pöbeleien der Nazis an der Synagoge. Auch in anderen Städten führten Nazis wie bereits in den Vorjahren Aktionen durch. Akribisch veröffentlichte das Aktionsbündnis jede noch so kleine Regung auf ihrer Homepage: Flyer in Regensburg, Halle, Werdau oder Limbach-Oberfrohna; Transparente in Schwedt oder Guben; Holzkreuze in München oder Göppingen; Luftballons in Franken oder Verden, Sprühereien in Radeberg. Selbst ein auf A4 ausgedruckter und in eine Klarsichtfolie verpackter Zettel in Kahla schaffte es in die Aktionsaufzählung. Berlin glänzte mit besonders viel Fleiß und brachte es über mehrere Tage zu Transparenten, Flyern, Holzkreuzen, Infostand, Straßentheater und Sprühereien. Am 13. Februar fand in Berlin wie in Hildesheim und Dessau eine eigene Mahnwache statt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre führten auch die Nazis aus Mecklenburg-Vorpommern lieber ihren eigenen Marsch in Waren durch, anstatt die enttäuschende Reise nach Dresden anzutreten.

Kerstin Köditz, 13. Februar 2014 ■

Front National vor den Rathauswahlen

597 Listen: ein neuer Rekord

Wahlkampf mit „kommunalpolitischem Sachverstand"… – oder mit Mussolini

Je nachdem, wie man es dreht oder wendet: Das Glas ist halbvoll oder aber halbleer. So könnte man es in einer ersten Reaktion auslegen, dass der Front National auf der Zielgeraden – also bei Ablauf der Frist für die Einreichung von Listen zu den französischen Kommunalparlamentswahlen – nunmehr knapp 600 Listen in mittleren und größeren Kommunen vorweisen kann.

Insgesamt existieren in Frankreich (wo die Dörfer nicht in einer Kreisreform zusammengelegt wurden wie etwa 1974 in Westdeutschland) 36 000 Kommunen. Davon sind aber die Mehrzahl kleine bis sehr kleine Gemeinden, in denen ausschließlich parteifreie oder parteiübergreifenden „Listen des Gemeinwohls" zum Rathaus kandidieren. Die Städte über 9000 Einwohnerinnen und Einwohner sind ungefähr 3000 an der Zahl. In ihnen konzentriert sich der politische Wettbewerb, wenn an den beiden letzten Sonntagen im März in ganz Frankreich die Rathäuser neu besetzt werden. An ihrer Gesamtzahl muss sich der Erfolg oder Misserfolg der Mobilisierung durch eine politische Partei messen lassen. Keine unter den Parteien tritt dabei flächendeckend in allen Kleinstädten an.

Im September 2013, als Marine Le Pen anlässlich der „Sommeruniversität" des FN in Marseille den Kommunalwahlkampf lancierte, kündigte die Parteichefin „rund 700" Listen zu den Rathauswahlen vom März an. Doch im Januar 2014 war die Anzahl dann parteioffiziell auf „circa 500" heruntergekocht worden. Real geworden sind es nunmehr 597, die bis zum diesjährigen Anmeldeschluss am Abend des 6. März eingereicht wurden.

Eine davon, in Grand-Quevilly in der Nähe von Rouen, löste jedoch einige verwaltungsrechtliche Probleme aus. 22 von insgesamt 35 Bewerbern auf der örtlichen Liste hatten sich beschwert, dass sie ohne ihr Wissen oder ohne ihre Einwilligung auf der Wahlliste auftauchten – sie hätten nie die Absicht gehabt, zu kandidieren, oder nicht für diese Partei. Es stellte sich heraus, dass die Unterschriften dieser Personen tatsächlich echt sind; dass sie aber glaubten, eine Petition zu unterschreiben oder aber einen (ihnen unbekannten) Kandidaten, der sich an ihrer Haustür präsentierte, lediglich „darin zu unterstützen, dass er antreten darf". Dokumentenfälschung liegt also nicht vor, sondern lediglich unsägliche Naivität seitens der Betreffenden, die nicht nur ihre Unterschrift leisteten, sondern dazu auch eine Fotokopie ihres Ausweises abgeben mussten – aber anscheinend nicht wussten, was damit angestellt würde. Da die Unterschriften nicht falsch sind, konnte die Liste letztendlich nicht durch die Verwaltung annulliert werden. Ein „saumäßig guter" Eindruck war allerdings bereits entstanden.

Parteichefin Marine Le Pen ihrerseits ging zum Gegenangriff über und äußerte sich in den landesweiten Medien ziemlich offensiv: In Wirklichkeit handele es sich um echte Kandidaten (die ihres Handelns vollauf bewusst gewesen seien), doch die Kommunalverwaltung habe dieselben eingeschüchtert und mit negativen Konsequenzen bedroht – deswegen hätte diese sich, solcherart unter Druck gesetzt, nachträglich verleugnen wollen. Sie werde – tönte die Parteichefin – die Wahlen überall dort gerichtlich anfechten, wo die Ergebnisse solchermaßen durch administrativen Druck verfälscht würden.

Erfolg oder Nichterfolg?

Landet der FN mit der nunmehrigen Anzahl real aufgestellter Listen ungefähr im Mittelfeld zwischen der ursprünglichen Ankündigung und den später heruntergekochten Mitteilungen, so sieht dies zunächst nach einem mittelmäßigen Erfolg aus. Doch dabei kann die Bewertung nicht stehen bleiben. Vielmehr muss sie auch in die Analyse einbeziehen, welche reale (nicht: verbal angekündigte) Mobilisierung der Front National bislang bei früheren Wahlen erzielen konnte.

Stellt man die Frage so, dann muss man von einem eindeutigen Erfolg für die rechtsextreme Partei sprechen. Denn noch nie hatte sie so zahlreiche Listen im Rennen. Im Jahr 1989 konnte sie 335 kommunale Listen aufstellen, und 1995 – dem Jahr ihrer stärksten Mitgliederentwicklung und der ersten Siege bei Rathauswahlen – waren es insgesamt 537. Im selben Anlauf gewann die rechtsextreme Partei damals, im Juni 1995, ihre erste „eigenen" Rathäuser: Von da ab regierte sie für einige Jahre Toulon, Orange und Marignane. Von diesen Kommunen bleibt nur Orange bis heute rechtsextrem regiert. Allerdings hat der Bürgermeister der Stadt, Jacques Bompard, seit 2005 den FN verlassen. Er wechselte zwei mal die Partei und steht heute dem ebenfalls rechtsextreme „Identitären Block" sehr nahe. Die anderen Städte gingen nach wenigen Jahren für die extreme Rechte wieder verloren.

Die große Parteispaltung von 1999, zwischen dem bereits alternden Chef Jean-Marie Le Pen und seinem früheren Chefideologen Bruno Mégret, entzog der Partei für lange Jahre ihr „Fundament" in der Fläche. 2001 konnte sie nur insgesamt 225 Listen zu den Rathauswahlen aufbieten, und 2008 waren es ihrer nur noch 119.

Auch bis heute noch wirkt der sehr erhebliche Aderlass an Aktivisten, vor allem aber an Strategen und zu eigenem Denken fähigen Kadern im Zusammenhang mit der Mégret-Spaltung nach. Die rechtsextreme Partei hat ihre Krise auf vielen Ebenen überwunden, seitdem ihr Altpräsident Jean-Marie Le Pen am 16. Januar 2011 „endlich" abtrat und seiner Tochter Marine den Vorsitz überließ. Doch der Mangel zumindest an erfahrener und zu politischem Handeln in der Öffentlichkeit „ohne Aufsicht" fähiger Mitgliedschaft ist nach wie vor offensichtlich. Genau diesem Problem sollen die Rathauswahl mit Abhilfe verschaffen – indem sie dazu beitragen, wieder einen örtlichen Funktionärsstamm herauszubilden, den man dann im Laufe der Jahre „qualifizieren" kann. Eine weitere Facette dieser Politik ist die am 8. März 2014 erfolgte Gründung des „Kollektivs Marianne", einer neuen Studierendengruppierung, die dem FN nahe steht. Marine Le Pen nahm an der Gründungssitzung teil. Neben dem am 12. Oktober 2013 gegründeten Lehrerkollektiv ‚Collectif Racine' soll die neue Vereinigung dem FN neue, ihm bislang eher fern stehende Schichten zuführen – bislang sinkt die Zustimmung zum FN mit wachsendem Bildungsstand, vor allem ab dem Abitur sinkt sie erheblich. Und es soll eine „Intellektualisierung" der Partei (wie die deutschen ‚Republikaner' es 1990 begrifflich nannten) eingeleitet werden, also die Herausbildung einer relativ kultivierten und argumentierfähigen Kaderschicht.

Vor der Spaltung gab die Partei ihre Mitgliedschaft offiziell meist mit „70 000" oder „75 000" an – der Rechtsstreit zwischen den beiden im Konflikt stehenden Flügeln offenbarte damals, dass es real 42 000 waren – und heute spricht sie erneut von 74 000 Mitgliedern. Die reale Größenordnung ist im Einzelnen schwer überprüfbar. Gesichert ist jedoch, dass ein erheblicher Teil der aktuellen Mitgliedschaft an einem erheblichen Mangel an Kommunikationsfähigkeit und rechtlichem oder politischem Problembewusstsein leidet.

Weniger vorzeigbare Kandidaturen

Konkret bedeutet dies: Probleme der Parteiführung mit künftigen Kandidaten, welche brennende Davidsterne auf ihrer Face-

bookseite zeigen (4. September 2013), die schwarzen Justizministerin Christiane Taubira als „Affenweibchen“ und „Wilde“ bezeichnen (17. Oktober 2013), SS-Tätowierungen am Unterarm tragen (14. Februar 2014) und Ähnliches mehr.

Die Parteispitze versuchte notgedrungen, ein bisschen für Ordnung zu sorgen und sich gar zu sehr „belastende“ Kandidaten zurückzuziehen oder, in besonders medienträchtigen Fällen, mit Ausschluss zu sanktionieren. Nicht in allen Fällen gelang dies. Am 7. März 2014, also am Tag nach dem Abgabeschluss für die Listen zu den Rathauswahlen, wurde ein neuer Skandal publik. Séverine Amelot, Kandidat auf der Liste des FN in Nevers (Region Burgund), posiert auf drei Fotos bei Facebook mit Hakenkreuzfahne und in einem Pullover mit SS-Symbol. Marine Le Pen tat dies gegenüber der Presse als „geringfügig“ ab: Es gebe „nur ein Problem bei insgesamt 22 000 Kandidaten!“ Die örtliche Parteileitung gab an, ihre Liste nicht mehr zurückziehen zu können, aber die junge Kandidatin vor dem zweiten Wahlgang von der dann umgebildeten Liste herunterzunehmen.

Und prompt tauchte noch einer auf: Am 11. März 2014 berichtete die regionale Zeitung Le Progrès (Raum Lyon), in Roanne – einer Stadt ungefähr in der Mitte zwischen Lyon und Clermont-Ferrand –, der 33jährige Kandidat Joseph Vitrani habe Fotos des italienischen Faschistenhäuptlings Benito Mussolini aus den frühen 1940er Jahren auf seiner Facebook-Seite publiziert[1]. Vitrani, der auf dem 36. Listenplatz (von insgesamt 39) für den FN bei der örtlichen Rathauswahl kandidiert, erklärte, die Bilder aus Andenken für seinen italienischen Opa ausgestellt zu haben. Dieser habe selbst das Schwarzhemd getragen, und, fügte der Bewerber auf seiner Facebook-Seite hinzu, „Faschist zu sein ist kein Verbrechen“. Die Bezirksvorsitzende des FN, Sophie Robert, kündigte ein Ausschlussverfahren gegen den Kandidaten an [2]. Inzwischen berichtete die Regionalzeitung am 13. März 2014, der 33jährige habe die Fotos inzwischen von seiner Seite heruntergenommen [3].

Dabei hatte nach dem ersten Zwischenfall von Anfang September 2013, mit dem Israelfahnen-Verbrenner François Chatelain, der FN-Generalsekretär Steeve Briois so sehr darauf insistiert: Die örtlichen Parteifunktionäre müssten unbedingt die Facebook-Seiten, eventuellen Blogs und Webseite ihrer sämtlichen Kandidaten absuchen. Nämlich, um ebensolche Vorkommnisse zu vermeiden.

Solche Zwischenfälle belegen zweierlei: erstens, auf was für ein Publikum der FN nach wie vor eine offensichtliche Anziehungskraft besitzt. Zum Zweiten, dass die rechtsextreme Partei trotz aller Bemühungen oft ihre Mühe und Not hat, ihre örtlichen Listen voll zu bekommen. Rathauslisten dürfen nur dann eingereicht werden, wenn sie vollständig sind, d.h. wenn sie ebenso viele Namen enthalten, wie das jeweilige Kommunalparlament Sitze aufweist – um vakante Mandate zu vermeiden. Dies bedeutet, überall mehrere Dutzend Kandidatinnen und Kandidaten aufbieten zu müssen. Für mitgliederschwächere Parteien oftmals ein schweres Unterfangen.

Der FN ist beileibe nicht die mitgliederärmste der französischen Parteien, doch ist die seit Marine Le Pens Antritt als Vorsitzende erworbene Mitgliedschaft oft nicht politisch ausgebildet. Vielerorts sind die Bewerber ausgesprochen jung; in Créteil bei Paris ist der Spitzenkandidat 18-, in Bälde 19jährig. Nunmehr setzt die Parteiführung unter Marine Le Pen darauf, erst wenn jetzt am 23. und 30. März dieses Jahres mindestens mehrere Hundert Kommunalparlamentarier ihrer Formation gewählt würden, lasse sich daraus mittel- und längerfristig wieder ein tauglicher Apparat aufbauen. Die Mandatsträger will man dann durch politische, verwaltungsrechtliche, finanztechnische Lehrgänge durchschleusen, um sie zu qualifizieren. Unter diesen Bedingungen kann die Partei allerdings kaum hoffen, in größerer Zahl Rathäuser zu übernehmen. Die FN-Spitze selbst spricht davon, 15 Kommunalregierungen mit plausibler Wahrscheinlichkeit übernehmen zu können. Dazu zählen jene von Forbach in Lothringen, Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich, Villers-Cotterêts in der Picardie und mehrere Kommunen in den südostfranzösischen Bezirken Var und Vaucluse.

Manche Beobachter/innen glauben auch an die Wahlchancen der extremen Rechten in Béziers, wo der parteilose Bewerber Robert Ménard – dereinst ein Linker, später Sprecher von „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) – als Spitzenkandidat für die „Marineblaue Sammlung“ (RBM) antritt. So lautet der Bündnisname, unter dem der FN zu den Kommunalwahlen antritt. In Béziers allerdings dürfte es neben den dominanten Konservativen eng werden für ihn.

Wahlkampf des FN in Paris

Die Kampagne verläuft relativ diskret und im Windschatten dessen, was die anderen Parteien tun. Auf Pariser Stadtgebiet tritt der Front National nur selten mit Personen in öffentliche Erscheinung, wenn es darum geht, in diesen Wochen für die französischen Kommunalparlamentswahlen zu werben. Letztere finden in ganz Frankreich am 23. und 30. März, in zwei Durchgängen, statt. Um Reibungsflächen zu vermeiden, bleibt die rechtsextreme Partei jedenfalls in der Hauptstadt im Hintergrund.

Denn wo der FN dann doch offen auftritt, etwa mit Flugzettelverteilern wie am Ende der ersten Märzwoche bei der Pariser Métro-Station La Chapelle – mitten in einem stark migrantisch geprägten Viertel –, kommt es mitunter zu Aufläufen oder Zwischenfällen mit Antifaschisten. Um nur nicht in den Geruch einer Radaupartei zu kommen, ziehen die Rechtsextremen deswegen andere Methoden statt Straßenwahlkampf vor. Neben Haustürbesuchen zählen dazu vor allem diverse Taktiken, das eigene Wahlwerbematerial gut sichtbar unter den Augen der Öffentlichkeit zu präsentieren, ohne dass es durch Personen feilgeboten werden müsste. Da werden Wahlflugblätter scheinbar unauffällig in der Telefonzelle „vergessen“ oder auf Sitzbänken ausgebreitet, Programme auf dem Boden etwa unweit von Zeitungskiosken liegen gelassen. Themenbezogene Flyer werden an schwer zugängliche, aber gut sichtbare Stellen geklemmt wie hinter die Glasscheibe auf der äußeren Rückwand von Bushaltestellen – wie in dem Fall gegen die Fahrpreiserhöhung durch die jüngst erfolgte Anhebung der Mehrwertsteuer. Um sie dort zu platzieren, ist ein spezieller Schraubenschlüssel erforderlich. Ergänzt wird das Ganze durch Wahlkampf im Internet und mit Videos.

In Paris schlägt der Front National ein vierzig Seiten umfassendes Programm vor, das an dem kleinen Detail krankt, dass mit keiner einzigen Zahl auf die angeblichen Finanzierungsmöglichkeiten der versprochenen Maßnahmen – mehr Polizei, mehr Sauberkeit, mehr Sicherheit – eingegangen wird. Das wirkt in den Augen der Presse nicht gar so sehr nach bürgerlicher Seriosität wie erhofft. Präzise wird die rechtsextreme Partei vor allem dort, wo es um behauptete Einsparmöglichkeiten geht. Während des sechsjährigen Mandats des nächsten Stadtparlaments will der FN laut Programm 163 Millionen Euro allein in der Hauptstadt einsparen. Zusammengestrichen werden soll die Finanzierung für Sozialeinrichtungen, Stadtteilzentren, die Beihilfen für Kultur und für NGOs. Und natürlich soll laut Programm bei „Ausländervereinen“ massiv gespart werden. „25 bis 30 Prozent“ des Sozialwohnungsbestands der Stadt sollen an Private verkauft werden.

Paris ist jedoch sicherlich nicht die Hochburg des Front National, der als sein Wahlziel in der Hauptstadt zehn Prozent ausgibt – ein Ergebnis, das, falls es erreicht würde, deutlich unter den Durchschnittswerten der Partei bei den letzten landesweiten Wahlgängen läge. Seit nunmehr 25 Jahren ist der FN in Paris deutlich unterrepräsentiert.

Bernard Schmid (Paris) ■

1 Vgl. http://www.leprogres.fr/loire/2014/03/11/des-photos-de-mussolini-sur-la-page-facebook-d-un-candidat-fn-a-roanne

2 Vgl. http://www.bfmtv.com/politique/roanne-procedure-dexclusion-un-candidat-fn-fan-mussolini-730732.html

3 Vgl. http://www.leprogres.fr/loire/2014/03/13/candidat-fn-a-roanne-le-colistier-a-retire-les-photos-de-mussolini-sur-facebook

Abschiebung aus Osnabrück verhindert

Dienstagnacht wurde eine Abschiebung eines somalischen Geflüchteten (vorerst) verhindert. Etwa 60 Menschen versammelten sich nachts um 2:30 Uhr vor dem Flüchtlingswohnheim an der Petersburg und blockierten die Tür, sodass die Beamten der Polizei und der Ausländerbehörde die Abschiebung nicht durchsetzen konnten.

Es sollen um die 50-80 weitere Abschiebungen von Menschen aus Osnabrück vor allem nach Lampedusa in Italien und Frankreich abgeschoben werden. Die Grundlage dafür ist das heftig kritisierte Dublin-III-Abkommen zwischen den EU-Staaten, nachdem Asylsuchende in dem Land, in dem sie europäischen Boden betreten haben, auf Bewilligung ihres Antrags warten müssen. Doch die Lebensbedingungen für Geflüchtete in Italien und Frankreich sind katastrophal!

Quelle: http://lagerhesepe.blogsport.eu 13.03.2014 ■

Osnabrück: Demonstration gegen Abschiebungen

Am nächsten Donnerstag (20.03.2014) führen Geflüchtete und Unterstützer*innen eine Demonstration gegen Abschiebungen in der Osnabrücker Innenstadt durch.

In den nächsten Wochen sollen ca. 80 Geflüchtete aus Osnabrück in andere EU-Länder abgeschoben werden, darunter Italien, Ungarn und Frankreich. Eine erste Abschiebung, die in der Nacht auf den 11.03. stattfinden sollte, konnte durch eine Protestaktion von ca. 60 Menschen verhindert werden. In den nächsten Tagen und Wochen wird es zu weiteren Abschiebungen kommen, da mehrere Geflüchtete bereits einen Abschiebebescheid erhalten haben.

Diese Abschiebungen finden im Rahmen des EU-Dublin-Abkommens statt, nach dem dasjenige Land für Geflüchtete zuständig ist, in das sie zuerst in die EU eingereist sind. Da Deutschland nur von sogenannten „sicheren Drittstaaten" umgeben ist, kann es sich seiner Verantwortung für diese Menschen durch Abschiebungen in EU-Randstaaten bequem entledigen. Die Bedingungen für Geflüchtete in diesen Ländern sind aber oftmals katastrophal. Für Griechenland beispielsweise wurde aufgrund der dortigen menschenunwürdigen Bedingungen bereits ein Abschiebestopp erwirkt, aber auch in Italien, Ungarn und Frankreich drohen den Geflüchteten Obdachlosigkeit, Hunger und Armut.

Die Demonstration trägt das Motto „Abschiebungen stoppen – Wir alle sind Menschen!". Es kann nicht sein, dass Menschen aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen werden, ihre Freund*innen verlieren und in ein menschenunwürdiges Leben und in Obdachlosigkeit abgeschoben werden. Wir alle sind Menschen und wir alle wünschen uns ein gutes und friedliches Leben in Würde!

Nachdem Geflüchtete bereits während der Bürger*innensprechstunde von Ministerpräsident Weil auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben, wollen sie ihren Protest nun zum Osnabrücker „Friedens"-Rathaus tragen. Wir rufen alle Menschen auf, am Donnerstag um 15 Uhr zum Gewerkschaftshaus am Hauptbahnhof zu kommen. Lasst uns unseren Protest mit einer großen, bunten und lautstarken Demonstration auf die Straße tragen!

Stop deportation! We are all human beings!

Abschiebungen stoppen! Wir alle sind Menschen!

Quelle: nolagerosnabrueck@yahoo.de 14.03.2014 ■

Aktivitäten Internationale Wochen gegen Rassismus

Gemeinsam mit mehr als 70 bundesweiten Organisationen, Verbänden und Institutionen fordert der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, sich auch in diesem Jahr an den Internationalen Wochen gegen Rassismus zu beteiligen und damit Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Die Wochen gegen Rassismus finden vom 10. bis 23. März statt.

Im Jahr 2013 fanden an über 300 Orten insgesamt 1380 Veranstaltungen statt. Die Initiatoren werteten das als Beleg für das Bedürfnis, sich gegen Rassismus und Ausgrenzung zu engagieren.

Mehr Informationen über die Hintergründe der Wochen gegen Rassismus finden sich auf der entsprechenden Internetseite. Dort können auch zahlreiche Informations- und Mobilisierungsmaterialien bestellt oder heruntergeladen werden. Dort gibt es auch einen online-Veranstaltungskalender, in dem man sich über Aktivitäten während der Internationalen Wochen gegen Rassismus informieren und eigene Veranstaltungen und Initiativen einstellen kann. (www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de/)

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2014" ■

Schleswig-Holstein lockert Aufenthaltsbeschränkung

Schleswig-Holstein lockert seine Aufenthaltsbeschränkungen für Asylbewerber. „Die Menschen können die Landesgrenze jetzt auch ohne besondere Erlaubnis überschreiten", sagte Innenminister Andreas Breitner am 29. Januar 2014 in Kiel. Dies sei längst überfällig.

Auch entspräche dies dem Geist des Koalitionsvertrages auf Bundesebene, in dem eine bundesweite Lockerung der räumlichen Beschränkung des Aufenthalts geplant sei. Die Lockerung stelle für alle Beteiligten eine Erleichterung dar. Als Vorbild diene eine in Hamburg bereits angewandte Verwaltungspraxis.

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die Lockerung der Bewegungsfreiheit, bedauert es jedoch, dass die für Asylsuchende und Geduldete geltende Wohnverpflichtung von der künftig gelockerten Residenzpflicht-Regelung unberührt bleibt. Weiter heißt es: „Das Festhalten der Politik an diesem Instrument einer überkommenen Flüchtlingsabschreckungspolitik wird von Entscheidungsträgern in der Regel mit Sozialleistungszuständigkeiten der jeweiligen Kommunen begründet." Auch werde bedauert, dass nach Verlauten des Innenministeriums die neue Regelung in „begründeten Einzelfällen" versagt werden kann.

Das Gestrüpp der Lockerungen, wie es von Pro Asyl schon längere Zeit angeprangert wird, wird also noch unübersichtlicher. Die europaweit einmalige Residenzpflicht geht also weiter.

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2014" ■

Die Suche nach anderer Asylpolitik in Europa

Die Europäische Union benötigt eine neue Asylpolitik. Steigende Flüchtlingszahlen treffen auf verstärkte Abwehrbemühungen und es wird ignoriert, was offensichtlich ist: „Das Asylsystem in Europa funktioniert schon lange nicht mehr." Das stellt zumindest Klaus Bade in der ZEIT fest. Immer lauter werden die Forderungen nach einem neuen, vielleicht sogar gerechten Asylsystem.

Dabei gibt es zwei Hauptprobleme: Aufgrund der Abschottungspolitik der EU-Staaten – Asylanträge kann man meist nur auf europäischem Boden stellen und die Visa-Vergabe ist rigide – sind die Flüchtlinge gezwungen sich in die Hände von Schleppern zu begeben und das bedeutet meist, die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer.

Die zweite Frage ist die Frage nach den Kapazitäten und der Lastenverteilung. Liegen die Voraussetzungen vor, haben sich die EU-Staaten dazu verpflichtet, Asyl zu gewähren. Angesichts der Asylzahlen fühlen sich einige Staaten augenscheinlich jedoch nicht mehr verpflichtet oder sind schlichtweg überfordert.

Dies führt unter anderem zu einem stark unterschiedlichen Schutzniveau: Ein afghanischer Flüchtling konnte im Jahr 2012 in Italien davon ausgehen, als Asylbewerber anerkannt zu werden (93,7 %), in Griechenland dagegen standen die Chancen extrem schlecht (6,8 %). Dies geht aus dem Policy Brief „Europäische

Flüchtlingspolitik – Wege zu einer fairen Lastenverteilung“ des Sachverständigenrat Migration (SVR) hervor.

Der SVR schlägt ein Mehrfaktorenmodell zur Berechnung der Aufnahmequote für Asylsuchende vor, das sich aus der Wirtschaftskraft (40 %), der Bevölkerung (40 %) und zu geringeren Anteilen aus der Fläche und der Arbeitslosenquote (je 10 %) zusammensetzt.

Man könnte aber auch über eine europäische Variante des Königssteiner Schlüssels – nach dem in Deutschland Spätaussiedler und Asylbewerber auf die Bundesländer verteilt werden – nachdenken. Die Gewichtung setzt sich aus dem Steueraufkommen (zwei Drittel) und der Bevölkerungszahl (ein Drittel) zusammen.

www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2013/11/ EU-Fluechtlingspolitik-SVR-FB.pdf

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2014“ ■

Europawahl: Nein zum Rassismus in Europa

Im Mai stehen Europawahlen an und in vielen Mitgliedstaaten der EU sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. In Frankreich werden der Front National rund ein Viertel der Stimmen prognostiziert, in den Niederlanden und Österreich könnten rechtsextreme Parteien sogar die stärksten Parteien werden. In weiten Teilen Europas stellt die Drei-Prozent- Hürde kein Hindernis dar.

In Deutschland finden Parteien des rechten Spektrums bisher kaum Resonanz. Problematisch wird es jedoch, wenn etablierte Parteien wie die CSU die Parolen von rechts aufgreifen und für sich selbst nutzen.

„Die Gefahr kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Dort sind rassistische Einstellungen und Ressentiments gegen Minderheiten gewachsen und gesellschaftsfähig geworden“, warnen deshalb der Interkulturelle Rat (IR) und Pro Asyl in einem gemeinsamen Aufruf. In Zusammenhang mit den Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 10. bis 23. März 2014 bitten sie deshalb um aktive Unterstützung. In dem Aufruf heißt es: „Die Menschenrechte sind die Grundlage unserer Gesellschaft. Die Europawahlen dürfen nicht den Feinden der Menschenrechte überlassen werden.“

Den Vordruck zur Sammlung von Unterschriften findet man unter:

www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2014/Aufruf_Nein_zum_Rassismus_in_Europa.pdf

Online kann man mitmachen unter:

www.proasyl.de/de/home/nein-zum-rassismus-in-europa/

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2014“ ■

Spanien/Griechenland:

Dutzende Tote an Europas Außengrenzen

Am 20. Januar ertranken vor der griechischen Insel Farmakonisi zwölf afghanische und syrische Frauen und Kinder bei dem Versuch, mit einem Fischerboot griechisches Festland über das ägäische Meer zu erreichen, wie aus einer Pressemitteilung des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) hervorgeht. Das Boot mit insgesamt 28 Personen an Bord war von der griechischen Küstenwache aufgegriffen und ins Schlepptau genommen worden, woraufhin es kenterte. Nur 16 Personen konnten gerettet werden. Auf der Grundlage der Hinterbliebenenberichte vermutet Pro Asyl hinter dem Vorgehen der Küstenwache eine gegen internationales Recht verstoßende Zurückweisung in Richtung Türkei. Eine solche Praxis der „Pushbacks“, insbesondere in der Ägäis, wird bereits seit längerem von der Flüchtlingshilfsorganisation dokumentiert (vgl. Ausgaben 9/13, 5/12). Ein weiteres Unglück ereignete sich am 6. Februar an der marokkanischen Küste vor der Hochsicherheitsgrenze der spanischen Exklave Ceuta. 250 Einwanderer aus mehrheitlich afrikanischen Staaten versuchten die Grenzanlage zu überwinden, 34 davon schwimmend. Spanische Grenzbeamte feuerten u. a. mit Gummigeschossen in Richtung der Schwimmenden, um sie zum Umkehren zu bewegen, wie der spanische Innenminister Jorge Fernández Díaz (PP, konservativ) bestätigte. Elf Menschen ertranken bei dem Versuch, die spanische Seite zu erreichen. Die Einwanderer, denen dies gelang, wurden umgehend wieder auf die marokkanische Seite der Grenze abgeschoben.

Quelle: http://www.migration-info.de 27. Februar 2014 ■

Bundesregierung will Massenabschiebungen von Roma ausweiten

„Die Pläne des Bundesinnenministers zementieren die Praxis des Asyl-Bundesamtes, schutzsuchende Roma aus den Balkanstaaten im Schnellverfahren abzufertigen. Diese Menschen brauchen Schutz statt Ablehnung im Akkord“, kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Meldungen über einen Gesetzentwurf aus dem Bundesinnenministerium, durch den die Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden sollen. Jelpke weiter:

„Solange auch nur ein Asylsuchender aus diesen Ländern als schutzbedürftig anerkannt wird, darf es keine Verfahrensbeschleunigung per Gesetz geben. 2013 wurden aber immerhin 64 serbische und 43 mazedonische Asylsuchende als Flüchtlinge anerkannt oder erhielten Abschiebeschutz aus humanitären Gründen. In zwei Dritteln dieser Fälle erfolgte die Anerkennung erst durch die Gerichte, weil die im Eilverfahren getroffenen Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge fehlerhaft waren (Zahlen aus: BT-Drs. 18/705). Schnelligkeit vor Gründlichkeit, dieser Grundsatz darf im Asylverfahren nicht gelten.

Die Pläne der Koalition und die Praxis des Asyl-Bundesamtes ignorieren bewusst die Tatsache, dass Roma in den Westbalkanstaaten vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Statt Asylverfahren und Abschiebungen im Eiltempo brauchen sie faire Asylprüfungen, in denen die existenzbedrohende mehrfache Diskriminierung und Ausgrenzung als Fluchtgrund anerkannt wird.

Schon die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als vermeintlich sicher ist ein Skandal. Nun sollen auch Albanien und Montenegro eine solche Einstufung erfahren, obwohl dies nicht im Koalitionsvertrag vorgesehen war. Offensichtlich gehört das zu den Kröten, die die SPD für den Rücktritt Hans-Peter Friedrichs als Minister schlucken soll. Den Koalitionsfrieden auf dem Rücken von notleidenden Menschen zu erhalten, ist einfach nur erbärmlich.“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 14.03.2014 ■

Endlich ein Bleiberecht für Miroslav Redzepovic!

Nach jahrelangem Abschiebungsdruck hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dem Antrag des in Deutschland aufgewachsenen, traumatisierten Rom Miroslav Redzepovic auf Gewährung von Schutz und Hilfe Anfang Februar 2014 entsprochen und ihm Abschiebungshindernisse gem. § 60 Abs. 7 AufenthG zugebilligt. Zum ersten Mal in seinem Leben hat der 25-jährige, der 18 Jahre seines Lebens in Deutschland verbrachte und Anfang Dezember 2010 kurz vor einer drohenden Abschiebung aus Hamburg versuchte, seinem Leben ein Ende zu setzen, nun Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis.

Miroslavs Familie gehört der Roma-Minderheit in Serbien an. Seit 1990 lebte die 7-köpfige Familie in Deutschland, zuletzt im niedersächsischen Syke, wo Miroslav aufwuchs. Am 15. November 2002 ging der Vater Milos Redzepovic ins örtliche Rathaus, übergoss sich aus Verzweiflung mit Benzin und zündete sich an. Am Tag darauf starb er an den Verbrennungen.

Knapp zwei Jahre später wurden die Witwe und die 5 minderjährigen Kinder nach Belgrad abgeschoben. Miroslav war damals im ersten Ausbildungsjahr. Es folgten schwierige Jahre in Serbien, ge-

prägt von Armut, Diskriminierungen und Misshandlungen durch die Polizei.

2010 floh Miroslav erneut nach Deutschland und versuchte zunächst, sich illegal durchzuschlagen. In Hamburg wurde er festgenommen und landete in Abschiebungshaft. Als die Nachricht von der Ablehnung seines neuen Asylantrags ihn erreichte, versuchte er, seinem Leben ein Ende zu setzen.

Nun hat es Miroslav allen Widrigkeiten zum Trotz geschafft. Der ihn vertretende Hamburger Rechtsanwalt Enno Jäger konnte gerichtlich erwirken, ein unabhängiges psychologisches Gutachten erstellen zu lassen, um die gesundheitszerstörenden Folgen einer Retraumatisierung durch Abschiebung nach Serbien zu belegen. Zum ersten Mal in seinem Leben in Deutschland ist das Damoklesschwert einer drohenden Abschiebung gebannt und somit ein Zustand erreicht, aus dem endlich Sicherheit erwachsen kann. Damit kann Miroslavs Prozess einer psychischen Stabilisierung nun überhaupt erst beginnen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 05.03.2014 ■

Asyl-Recht auf menschenwürdige Unterbringung

Mit dem heutigen Urteil hat der EuGH klargestellt, dass die finanzielle Unterstützung für Asylsuchende so bemessen sein muss, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist, bei dem die Gesundheit und der Lebensunterhalt der Asylbewerber gewährleistet sind. Dies ergibt sich aus der EU-Aufnahmerichtlinie, die die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende regelt.

In dem Verfahren ging es insbesondere um die Frage, wie eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden sicher zu stellen ist. Wird die Versorgung von Asylsuchenden nicht durch Sachleistungen, sondern durch Geldmittel gewährleistet, so müssen diese die Betroffenen insbesondere in die Lage versetzen, eine Unterkunft zu finden, wobei gegebenenfalls die Wahrung der Interessen besonders bedürftiger Personen zu berücksichtigen ist. Der EuGH betont zudem, dass das europäische Recht die familiäre Gemeinschaft und das Wohl des Kindes schützt. Kinder dürfen nicht von ihren Eltern getrennt werden.

Dem Urteil liegt ein Verfahren aus Belgien zugrunde. Es ist jedoch für alle EU-Staaten verbindlich.

PRO ASYL begrüßt das heutige Urteil als wichtiges Signal für die Behandlung von Asylsuchenden in den EU-Mitgliedstaaten. In Ländern wie Italien, Bulgarien und Ungarn sind Asylsuchende vielfach mit einer katastrophalen Unterbringungssituation konfrontiert. Selbst Familien mit kleinen Kindern landen immer wieder in der Obdachlosigkeit. In Italien kommt es wegen der zu geringen Zahl an Aufnahmeeinrichtungen oft zur Familientrennung: Mütter und Kinder werden in einem Zentrum, Väter in einem anderen untergebracht. Es gibt auch Fälle, in denen Mutter, Vater und Kind sogar in drei verschiedenen Zentren untergebracht werden. In Bulgarien leben die Flüchtlinge in slum-ähnlichen Verhältnissen. Und in Ungarn werden Familien dadurch getrennt, dass viele Familienväter willkürlich inhaftiert werden.

PRO ASYL fordert, dass Asylsuchende, die nach Deutschland weitergereist sind, weil sie in anderen EU-Ländern obdachlos oder auf andere Weise menschenunwürdig untergebracht waren, nicht mehr dorthin zurückgeschoben werden. Solange die Mindeststandards des EU-Rechts bei der Unterbringung nicht beachtet werden, müssen Asylsuchende vor Überstellungen in diese Länder geschützt werden.

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de 27.02.2014 ■

Syrische Flüchtlinge: Nachbesserung notwendig

Heute läuft die Meldefrist für Flüchtlinge aus Syrien ab, die zu ihren in Deutschland lebenden Angehörigen einreisen wollen. Das von Bund und Ländern am 23. Dezember 2013 verkündete zweite Aufnahmekontingent erweist sich nach Auffassung von PRO ASYL als unzureichend.

„Bei mehr als 50 000 in Deutschland lebenden Syrern und zahlreichen deutschen Staatsbürgern syrischer Herkunft darf der Nachzug von Angehörigen nicht durch eine starre Obergrenze gedeckelt werden", sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Allein mit der Festlegung eines weiteren Kontingents, die PRO ASYL begrüßt, und damit einer neuen Obergrenze für die Aufnahme, werde der Lage derjenigen syrischen Flüchtlinge mit Angehörigen in Deutschland nicht ausreichend Rechnung getragen. Die umständliche Abwicklung der Aufnahme in Kontingenten führe zu monatelangen Verzögerungen. PRO ASYL sind Fälle bekannt, in denen hier lebende Angehörige seit fast einem Jahr vergeblich versuchen, die Aufnahme Verwandter zu erreichen.

PRO ASYL begrüßt die gestern verkündete Absichtserklärung des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, des Vorsitzenden der ständigen Konferenz der IMK Ralf Jäger, des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius und des Innenministers Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier, auch nach Ausschöpfung der bisher zur Verfügung stehenden Kontingente die Aufnahme von Flüchtlingen ermöglichen zu wollen.

Nach den Erfahrungen mit den Aufnahmeprogrammen mahnt PRO ASYL allerdings weitere Veränderungen an.

Dringend regelungsbedürftig ist nach Auffassung von PRO ASYL die Situation syrischer Flüchtlinge, die sich auf eigene Faust auf den Weg gemacht haben und über ein anderes europäisches Land nach Deutschland einreisen. PRO ASYL fordert, sie nicht mehr aufgrund der Dublin III-Verordnung in andere europäische Länder zurückzuschieben.

Die Aufnahmeprogramme müssen entlastet werden. Für syrische Flüchtlinge mit Angehörigen in Deutschland sollte ein Zugang über die spezifischen Regelungen des Familiennachzugs im Aufenthaltsgesetz ermöglicht werden. Der geforderte Nachzug von Familienangehörigen außerhalb eines Kontingents ist im Rahmen von § 36 Abs. 2 AufenthG möglich, wenn eine außergewöhnliche Härte vorliegt. Dies sollte bereits im Rahmen eines sogenannten Vorabzustimmungsverfahrens bei der deutschen Ausländerbehörde geprüft werden. Es sei sachgerecht, wenn Bund und Länder sich darauf verständigten, dass in der Regel in diesen Fällen eine außergewöhnliche Härte vorliegt. Nähere Informationen hierzu enthält die Ausarbeitung von Rechtsanwalt Hubert Heinhold, stellvertretender Vorsitzender von PRO ASYL.

Viele syrische Flüchtlinge landen nach gefährlicher Flucht in Griechenland, Bulgarien oder Italien in Haftanstalten, geschlossenen Lagern oder schwer erträglichen Lebensverhältnissen. Auch für sie gilt: Die Unterstützung durch ihre Familien ist der wichtigste Schritt zur Verarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen. Deshalb sollte für sie im Rahmen von § 36 Abs. 2 AufenthG eine Lösung durch die Einreise nach Deutschland gefunden werden.

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de 28.02.2014 ■

Willkürlicher Ausschluss von Lockerungen

In Niedersachsen wurde die räumliche Aufenthaltsbeschränkung noch vom damaligen CDU-Innenminister Schünemann gelockert. Seit dem 1. März 2012 dürfen sich Asylsuchende und Geduldete im ganzen Land bewegen, ohne vorher um Erlaubnis zu fragen. Die Verordnung las sich gut und sah keine Ausschlussgründe vor. Es gab aber einen Haken, denn die Ausländerbehörden können von einer Klausel in der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz" Gebrauch machen, mit der sie den Aufenthaltsbereich wie vor den Lockerungen auf den Landkreis beschränken. … Jetzt liegen erstmals genaue Zahlen vor, wie viele Flüchtlinge in Niedersachsen vom Ausschluss betroffen sind.

Aus der Antwort der niedersächsischen

Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von Filiz Polat (Grüne) geht hervor, dass vom 1. März 2012 bis Ende 2013 603 von 10415 Geduldeten von den Lockerungen ausgeschlossen wurden. Die durchschnittliche jährliche Ausschlussquote lag mit 3,1 % zwar niedriger als in Schleswig-Holstein (12 %), aber eins haben beide Bundesländer gemein: Einzelne Ausländerbehörden stechen durch besonderen Ausschluss-Eifer hervor. So beschränkt die Ausländerbehörde des Landkreises Harburg jedes Jahr bei fast der Hälfte (48,3 %) der Geduldeten den Aufenthaltsbereich auf den Landkreis. Von der Ausländerbehörde Stade wird mehr als ein Drittel (34,9 %) der Geduldeten auf den Landkreis beschränkt, in Rotenburg fast ein Viertel (24,5 %) und in Peine 9,1 %.

So allgemein die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift" formuliert ist, so umfangreich ist die Palette der von niedersächsischen Ausländerbehörden angewandten Ausschlussgründe: Verstoß gegen Mitwirkungspflichten, vormaliger Verstoß gegen die räumliche Aufenthaltsbeschränkung, Verlegung des Wohnsitzes, Straftaten. Die Ausländerbehörde Rotenburg schloss sogar noch aus, um Geduldete den Asylsuchenden „gleichzustellen", als hätte es die ‚Lockerungen' nie gegeben.

Die „unterschiedliche Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden" sprang auch dem niedersächsischen Innenministerium ins Auge. Dieses reagierte am 10. März 2014 mit einem neuen Erlass: Die Ausländerbehörden werden „gebeten", den Aufenthaltsbereich von Geduldeten „nur in besonders gelagerten Einzelfällen" auf den Landkreis zu beschränken, nämlich wenn die Geduldeten wegen Straftaten mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren oder wegen Terrorismusverdacht ausgewiesen werden sollen. Ob das bedeutet, dass Verstöße gegen Mitwirkungspflichten zukünftig nicht mehr mit der Beschränkung der Bewegungsfreiheit sanktioniert werden, muss sich noch herausstellen.

Auch zur Kriminalisierung von Flüchtlingen wegen Verstößen gegen die Aufenthaltsbeschränkung liefert die Antwort der Landesregierung Material. In den 22 Monaten der ‚Lockerungen' wurden 412 Buß- oder Verwarnungsgelder verhängt, das macht pro Jahr durchschnittlich 225 Buß- oder Verwarnungsgelder. Bezogen auf die Zahl der Flüchtlinge liegt die Quote mit 1,5 % etwas unter der Quote von 2,3 % in Schleswig-Holstein, aber auch hier kommt es bei einigen Ausländerbehörden zu erheblichen Abweichungen. Die Ausländerbehörde Helmstedt verhängt jedes Jahr gegen ca. 20 % der Geduldeten Buß- oder Verwarnungsgelder, die Ausländerbehörde Holzminden gegen 6,7 % und die Ausländerbehörde Vechta gegen 5,6 %. Wie viele Flüchtlinge wegen Verstößen gegen die Aufenthaltsbeschränkung zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt wurden, lässt sich nicht genau angeben, da nur Angaben zu Verurteilungen nach dem Asylverfahrensgesetz im Allgemeinen und nach § 95 Aufenthaltsgesetz vorliegen, was mehr Delikte umfasst.

Quelle: http://www.residenzpflicht.info 12. März 2014 ■

Armutsflüchtlinge und Menschenrecht

Kommentar von Klaus J. Bade, emeritierter Professor und Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück

Migration ist ein Menschenrechtsthema. Es gibt kein Menschenrecht auf die Einwanderung in einen bestimmten Staat, die abhängig ist von dessen nationalen Regelungen oder von supranationalen Vereinbarungen, z.B. der Personenfreizügigkeit in Europa. Es gibt nur spezifischen Menschenrechtsschutz für Arbeitsmigranten (Internationale Arbeitsorganisation/ UN-Wanderarbeitnehmerkonvention) und für Flüchtlinge (UNHCR). Aber die Grenzen zwischen einer z.B. durch politische Verfolgung erzwungenen Flucht und einer nur scheinbar ‚freiwilligen', aber durch gleichermaßen widrige Umstände erzwungenen Migration sind oft fließend. Deshalb hat der UNHCR im Jahr 2007 den neuen Begriff der ‚Mixed Migration Flows' eingeführt, unter den Mischformen wie die so genannten Wirtschafts- oder auch Umweltflüchtlinge fallen.

In der alarmistischen Diskussion um die ‚Armutswanderung' aus Bulgarien und Rumänien schwingen antiziganistische Untertöne mit. Sie richten sich gegen die hier stark vertretene und in den Ausgangsräumen oft ethnisch diskriminierte Gruppen der Roma und anderer ‚Zigeuner'. Bei ihnen überschneiden sich wirtschaftliche und an Fluchtmotivationen grenzende Wanderungsmotive, so dass hier mitunter auch von ‚Mixed Migration Flows' gesprochen werden könnte. Aber Menschenrechte müssen hier gar nicht bemüht werden; denn die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien sind seit 2007 EU-Bürger und haben seit dem 1.1.2014 das Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa einschließlich eines – beschränkten – Zugangs zu den Sozialsystemen. Und bei der Zuwanderung insgesamt sind die Roma nur eine Minderheit.

Aber auch Sozialrechtsfragen sind in Wirklichkeit nur ein Nebenthema: Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien zeigt eine erhebliche soziale Spreizung. An der Spitze gibt es eine starke Elitenabwanderung von Hoch- und Höchstqualifizierten, darunter ein breites Mittelfeld von abwandernden Qualifizierten. Beide Migrantengruppen erfüllen in Deutschland wichtige Ersatzfunktionen im Arbeitskräftepotenzial, das aus demografischen Gründen oder durch Abwanderung, z.B. von Ärzten, schrumpft. Mehr als 2000 Ärzte allein aus Rumänien arbeiten in Deutschland.

An der breiten Basis der migratorischen Sozialpyramide bewegen sich Arbeitswanderer aus prekären Soziallagen, die in Deutschland als ‚Armutswanderer' beschimpft werden. Schon der verächtliche Begriff ist ein semantisches Schandmal. Und die damit verbundene gruppenfeindliche Agitation gegen die ‚Einwanderung in den Sozialstaat' ist eine Chimäre. Das zeigen alle einschlägigen wissenschaftlichen Bestandsaufnahmen – deshalb auch die Wahl des Begriffs ‚Sozialtourismus' zum Unwort des Jahres 2013. Im Kern geht es um Sozialprobleme in städtischen Distrikten struktur- und finanzschwacher Kommunen mit ohnehin stark angeschlagenen Sozialetats.

Hier muss geholfen werden und dazu bewegt sich endlich etwas auf der Bundesebene (‚Soziale Stadt'). Das ist nicht genug, aber ein erster Schritt, andere müssen folgen. Dazu gehört auch die vom Berliner Staatssekretärs-Ausschuss und auf kommunaler Ebene angeschobene Prüfung von Sozialmissbrauch – aber bitte nicht nur bei den ausländischen Arbeitnehmern; denn es gibt Missbrauch auf beiden Seiten: Scheinselbständige, die sich selbst ausbeuten und bei mickrigem Verdienst als ‚Hartz-IV-Aufstocker' (und Kindergeldbezieher) auch Transferkosten verursachen; Arbeitgeber, die mit diesen getarnten Arbeitsverhältnissen Löhne drücken und Sozialversicherungsleistungen unterschlagen; Mietgangster, die in ihren oft abbruchreifen Häusern Matratzen für 200–300 Euro vermieten und darauf warten, dass die Städte ihren unverkäuflichen Immobilienschrott zu überhöhtem Preis aufkaufen, um diesen grob sittenwidrigen Missstand zu beenden. Will sagen: Im Zentrum des Skandals stehen weniger die ausgebeuteten ‚Armutswanderer' als die Ausbeuter im Aufnahmeland.

Quelle: Publikation „Forum Migration März 2014" ■

Bautzen, 15.03.: Refugees welcome!

Am 15. März 2014 ruft eine Bürgerinitiative mit dem Namen „Bautzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch" zu einer Demonstration auf. Die Mobilisierung läuft vorrangig über eine Facebook-Seite, die bei derzeit ca. 3000 Nutzer_innen Gefallen gefunden hat. Wer sich jetzt an Schneeberg und die rassistischen Mobilisierung einer von der NPD gesteuerten „Bürgerinitiative" erinnert fühlt, liegt nicht falsch. Die Parallelen sowohl in Diktion, als auch in der Organisierung

sind offensichtlich. Erneut will die NPD mit einer vermeintlichen Bürgerinitiative rassistische Ressentiments schüren und auf Stimmenfang für die bevorstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahl gehen. Dem werden wir jedoch nicht tatenlos zusehen.

Und das ist wichtiger denn je: Die Zahl rechtsmotivierter Angriffe auf Asylsuchendenunterkünfte in Deutschland ist deutlich angestiegen. So registrierte das BKA für das Jahr 2013 eine Verdopplung auf 58 rechte Straftaten im Umfeld von Asylsuchendenunterkünften. Sachsen ist in dieser Aufstellung mit zwölf Attacken wieder einmal trauriger Spitzenreiter. Laut unabhängigen Initiativen liegt die Zahl der Aktionen und Angriffe gegen Asylsuchende jedoch noch weitaus höher. Ebenso ist die Zahl rassistisch motivierter Angriffe gestiegen. Für Sachsen zählte die RAA Opferberatung 85 Taten, im Vorjahr waren es noch 60. Auch hier ist von einer beträchtlichen „Dunkelziffer" auszugehen. Der Zusammenhang mit der zunehmenden rassistischen Hetze gegen Asylsuchende und Zugewanderte ist offensichtlich. Umso mehr ist an dieser Stelle praktische Solidarität mit den Betroffenen nötig und zugleich entschiedener Widerspruch gegen jede Form von Rassismus.

Denn offene rassistische Hetze und Attacken sind nur eine Seite der Medaille. Die andere zeigt sich im strukturellen und institutionellen, alltäglichen Rassismus. Dieser ist die Grundlage für das, was gerade überall in Deutschland geschieht, in Greiz, Schneeberg oder jetzt in Bautzen. Menschen, die in Deutschland um Asyl bitten, werden in alte Schulen, verlassene Kasernen, an entlegene Orte geschafft. Mit Unterkünften, die Gefängnissen gleichen, wird klar gemacht, dass man hier alles andere als willkommen ist. Alternative Konzepte wie die dezentrale Unterbringung oder gar ein selbstbestimmtes Wohnen schon während des Asylverfahrens kommen fast nie zur Anwendung. Statt an Emphatie wird an ein „Mitleid mit den Opfern" appelliert. Statt eine politische und soziale Gleichheit Aller wird die Anpassung der „Fremden" gefordert.

Gerade deswegen braucht es Solidarität mit den Geflüchteten und ihren Kämpfen für ein menschenwürdiges Leben. Eigentlich eine banale Forderung, in Sachsen findet sie jedoch nur wenig Gehör. Im Gegenteil: die sächsische Landesregierung griff im Zuge der „Asyldebatte" um Schneeberg die NPD-Diktion vom „Asylmissbrauch" auf, versprach härter gegen Asylsuchende vorzugehen und rühmte sich der hohen Zahl an Abschiebungen in Sachsen. Die Proteste gegen Asylunterkünfte hingegen werden als „berechtigte Sorgen" dargestellt. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Schneeberg wird im Anschluss an Proteste abgewickelt und geschlossen. Das ist Wasser auf die Mühlen der Rassist_innen, die sich in ihrem Vorgehen bestärkt fühlen. Derweil präsentiert sich die NPD als die eine Partei, die „Sorgen und Ängste" ernst nähme – mit Flugblättern, Infoständen, Facebook-Bürgerinitiativen und eben Demonstrationen. Wo „Wehrt sich" oder „Nein zum Heim" draufsteht, steckt meist NPD drin. Das ist auch in Bautzen nicht anders. Das V.i.s.d.P der von „Bautzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch" verteilten Plakate verweist auf die Geschwister-Scholl-Straße 4 in Riesa – Sitz des NPD-eigenen Deutsche Stimme-Verlags, des NPD-Landesverbandes, sowie des NPD-Kreisverbandes Bautzen.

In der Gesamtheit der Vorgänge, die sich gegen Asylsuchendenheime richten, zeigt sich ein unverkennbares Bedrohungspotential. Ob als Brandanschlag, als Demonstration und Fackelmarsch, oder in Form von Politiker_innen, die von Kapazitätsgrenzen und unzumutbaren Belastungen reden: Überall da wo sich ein Anlass bietet, bricht sich die hässliche Fratze des Rassismus Bahn. Und angesichts der Menge und der Artikulationsformen kommen wir kaum umhin, Parallelen zu den 1990er Jahren der Nachwendezeit zu ziehen, als anfängliche Proteste sich zu einem Flächenbrand entwickelten und schließlich in den Pogromen und tödlichen Brandanschlägen von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Leipzig und all den anderen Städten mündeten. Und deren Ergebnis die faktische Abschaffung des Asylrechts war.

Wichtig ist, jetzt auch in Bautzen ein deutliches und konsequentes Zeichen gegen den rassistischen Mob zu setzen. Dennoch: Wir dürfen dabei nicht stehen bleiben! Unser Kampf muss weiterhin all jenen gelten, die – ob in den Amtsstuben mit dem Stempel oder auf der Straße mit der Fackel in der Hand – den Einzelnen ihre Chance auf ein gutes Leben verweigern wollen.

Bleiberecht für Alle! Schluss mit der rassistischen Hetze!
Heraus zur Demonstration in Bautzen!

Quelle: http://de.indymedia.org 12.03.2014 ■

Die Rechte in Europa sammelt und strukturiert sich

Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014

Thilo Janssen,
Autor der Studie der Rosa Luxemburg Stiftung
„Was macht die politische Rechte im Europäischen Parlament?"

* * * * * * *

Keupstraße und NSU-Prozess Opferentschädigung und Nebenklage

Bericht zur aktuellenSituation (oder zum aktuellen Stand)

Eberhard Reinecke, Reinhard Schön, **Rechtsanwälte**
vertreten Opfer aus der Keupstraße als Nebenkläger und wegen Entschädigungsforderungen

Samstag, 5. April 2014
13.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Köln, Bürgerzentrum Alte Feuerwache
Melchiorstr. 3, Kleines Forum

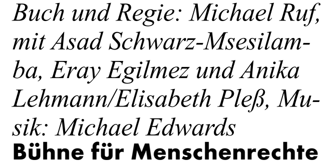
Veranstalter:
Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten
Antifaschistische Nachrichten c/o GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-2116 58
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Bühne für Menschenrechte präsentiert

Asyl-Monologe
26.03.2014, 19:30 Uhr
27.03.2014, 19:30 Uhr
29.03.2014, 19:30 Uhr
30.03.2014, 19:30 Uhr
Heimathafen Neukölln, Karl-Marx-Str. 141, 12043 Berlin

Asyl-Monologe – Dokumentarisches Theater

Das dokumentarische Theaterstück Die Asyl-Monologe erzählt von Menschen, die Grenzen überwunden, Verbündete gefunden, ein „Nein“ nie als Antwort akzeptiert und unter aussichtslosen Bedingungen immer weiter gemacht haben.



Buch und Regie: Michael Ruf, mit Asad Schwarz-Msesilamba, Eray Egilmez und Anika Lehmann/Elisabeth Pleß, Musik: Michael Edwards

Bühne für Menschenrechte

Die Asyl-Monologe sind die erste Produktion des Berliner Vereins Bühne für Menschenrechte und wurden bislang ca. 180 mal in 110 Städten dargeboten, darunter in den Münchner Kammerspielen, dem Polittbüro Hamburg, dem Thalia Hamburg und dem Hebbel am Ufer (HAU) Berlin.



„Wir können doch nicht ganz Afrika aufnehmen“.

Wo immer es um Asylsuchende geht, fallen solche Sätze – Sätze, die auf absoluter Ahnungslosigkeit und oft auf rassistischen Vorurteilen gründen. Aber was entgegnen, wenn der Nachbar so daherredet? Eine neue Broschüre von PRO ASYL und der Amadeu Antonio Stiftung gibt Auskunft.

Anlässlich der gestiegenen Zahl von Asylsuchenden in Deutschland wird vielerorts über die Unterbringung von Flüchtlingen gestritten. Oft sind dabei rechte Hetzer und jede Menge rassistische Ressentiments am Werk. Schon kommt es wieder zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Daher ist die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft gefragt.

Tastsächlich wehren sich mehr und mehr Menschen gegen die Hetze und den aufkeimenden Rassismus und setzen sich für Flüchtlinge ein. Sie haben nicht nur die Menschlichkeit, sondern auch die Fakten auf ihrer Seite. PRO ASYL und die Amadeu Antonio Stiftung haben die wichtigsten Fakten und Argumente für eine sachliche Diskussion zum Thema Flüchtlinge zusammengestellt. Die dabei entstandene Broschüre passt in jede Hosentasche, aber enthält jede Menge nützliches Wissen für die Kontroverse rund um das Thema Asyl und Flüchtlinge.

„Pro Menschenrechte – Contra Vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa.“ (PDF-Dokument, 1.7 MB)

Hier können Sie Printexemplare der Broschüre bestellen: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de

Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge

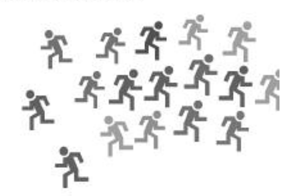
Sie gehen immer gleich vor: Getarnt als harmlose besorgte Bürger machen Rechtsextremisten gegen Flüchtlingsunterkünfte mobil und versuchen rassistische Ressentiments in der Nachbarschaft anzustacheln. Mit fatalen Folgen: Anschläge und Übergriffe häufen sich. Eine neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung und von PRO ASYL klärt über das Vorgehen der rechten Hetzer auf.

Menschenverachtende Hetze auf Facebook, rassistische Aufmärsche und Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte: In Deutschlandweit ist derzeit eine erschreckende Entwicklung zu beobachten, bei der Flüchtlinge wieder verstärkt zum Ziel von Vorurteilen, Hetze und Gewalt werden. Allein zwischen dem 1.01.2014 und dem 19.02.2014 wurden in Deutschland 20 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verübt.

Der Hass auf Flüchtlinge ist ein konstantes Element der rechten Szene. Die heute veröffentlichte Broschüre deckt die Akteure und Strategien der geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert.

Zudem wird deutlich, welchen großen Stellenwert eine aktive Zivilgesellschaft hat. Zuletzt gibt es Tipps, was jeder einzelne gegen die rassistische Hetze machen kann: für eine angstfreie und demokratische Gesellschaft.





Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

AfD wohin?

Junge Freiheit Nr. 10-12/2014

Das Blatt befördert die Entwicklung der Partei nach wie vor. Allerdings geht es davon aus, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abschaffung auch der 3%-Hürde zur Europawahl der Partei eher schadet – weil damit die Aussichten anderer rechter Kräfte zugenommen haben, ein Mandat im Europaparlament zu erringen. Die AfD wird am 22. Und 23. März über ihr Europawahlprogramm beraten. Auf der Tagesordnung dieses Parteitags steht ebenfalls die Beschlussfassung über eine neue Bundessatzung, gegen die es nach Beschreibung des Blattes Widerstand aus Bayern und Nordrhein-Westfalen geben soll: „Dort gibt es Bestrebungen, das Thema komplett von der Tagesordnung zu nehmen. Nur so könne verhindert werden, dass sich die Partei in Erfurt ‚zerfleische'." Worüber geht der Streit? Nach dem vorliegenden Entwurf soll das jetzige dreiköpfige Sprechergremium durch einen Parteivorsitzenden und vier stellvertretende Vorsitzende ersetzt werden. Außerdem sollen dem Parteivorstand sechs Länderkoordinatoren sowie mindestens zwei weitere Mitglieder angehören. Der Parteivorstand soll künftig den Bundesschatzmeister aus seinen Reihen wählen, damit entfällt die Direktwahl durch den Bundesparteitag. Pikant ist der Satzungsvorschlag auch deshalb, weil künftig der Vorstand selbst die Möglichkeit haben soll, mit einfacher Mehrheit Vorstandsmitglieder abzusetzen. Man wird sehen, ob diese Formierung eines Machtzentrums die erforderliche Mehrheit auf dem Erfurter Parteitag erhält.

In welche extrem rechte Richtung sich die Partei positioniert, zeigt das Landtagswahlprogramm für Sachsen: Hier fordert die AfD Volksabstimmungen über Moscheebauten mit Minaretten und wendet sich gegen eine „Früh- und Hypersexualisierung in Kindergarten und Schule". Schwerpunkt soll die Familienpolitik sein.

Der Rücktritt der Pressesprecherin Dagmar Metzger wird mit deren Wechsel an die Spitze der kürzlich gegründeten eurokritischen „Stiftung für Freiheit und Vernunft" begründet, die allerdings zunächst nicht als parteinahe Stiftung angelegt sein soll. „Widersprochen wird im Vorstand der Interpretation, der Rücktritt Metzgers sei ein Zeichen der Resignation des liberalen Flügels der AfD. Die Tatsache, dass mit Gauland ein ausgewiesener Konservativer in der Stiftung mitarbeite, zeige, dass sich die beiden Flügel der AfD nicht überworfen hätten." Berichtet das Blatt.

Mit einer von 800 Besuchern großen Veranstaltung leitete die AfD am Aschermittwoch im niederbayerischen Osterhofen ihren Europawahlkampf ein. Hauptredner waren die Spitzenkandidaten für die Europawahl Vorstandsprecher Bernd Lucke und der ehemalige Vorsitzende des BDI Olaf Henkel. Henkel erklärte, die politische Landschaft sei nach links gerückt, „deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig." Zur Kommunalwahl in Bayern hat die AfD in nur fünf Kommunen (Augsburg, München, Ebersberg, Vaterstätten, Forchheim) die erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften geschafft und tritt an.

UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen unbekannt

Junge Freiheit Nr. 12/14 vom 14. März 2014

Das Blatt erregt sich über die angekündigten Reformen im Schulwesen: „Das deutsche Schulwesen, einst Vorbild für alle Welt, ist nicht nur auf einem, sondern auf vielen Wegen ruiniert worden … der erste Weg führte über die Integration und zielte darauf ab, das überkommene, vielfach gegliederte Schulsystem durch … die integrierte Gesamtschule zu ersetzen. Der zweite bediente sich der Immigration … der dritte und einstweilen letzte Weg läuft über die Inklusion und verlangt, behinderte und nichtbehinderte Kinder in sämtlichen Fächern gemeinsam zu unterrichten. Wie seine Vorläufer ist der Ruf nach Inklusion ein Erzeugnis der Theorie, nicht der Praxis." Nun steht fest, dass das deutsche Schulwesen weit entfernt davon ist, Vorbild für alle Welt zu sein – die übergroße Mehrzahl der anderen Staaten hat – aus guten Gründen – andere Schulsysteme, Schulsysteme, die nicht so zergliedert sind, in denen Kinder länger gemeinsam lernen und deren Ergebnisse sozial und inhaltlich besser sind. Es steht auch fest, dass es in verschiedenen Staaten schon länger praktische Erfahrungen mit inklusivem Unterricht gibt – ob das Italien oder die skandinavischen Länder sind. Und außerdem steht fest, dass die Idee der Inklusion keine Forderung von Theoretikern ist, sondern Bestandteil der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, an deren Entstehung die Selbstorganisationen der Behinderten in großem Umfang mitgewirkt haben. Die Bundesrepublik hat die Konvention unterzeichnet und die Konvention verlangt, dass Kindern mit Behinderungen der Zugang zum allgemeinen Schulsystem gewährt wird. Insofern irrt sich das Blatt noch in einer anderen Frage: Es geht davon aus, dass die „Reform … wieder abgeschafft wird", weil sie scheitern müsse. Dass eine UN-Konvention wieder abgeschafft wird, ist aber kaum zu erwarten.

ud ■